



AUSGABE 4 · 36. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 20.04.2005

Pflege

Die Menschen werden älter und pflegebedürftiger. Schon heute an morgen zu denken – das rät der Bericht der Enquete-kommission für Pflege.



S. 7

Integration

Das Zusammenleben ist nicht konfliktfrei: Deutsche finden, Türken kapselten sich zu sehr ab, türkische Migranten fühlen sich hierzulande nicht akzeptiert. Hoher Besuch und eine Bestandsaufnahme im Hauptausschuss.

S. 12

Straßenverkehr

Die jüngsten Mitfahrer in den Autos sind „Gurtmuffel“: Ihre Eltern sichern sie nicht oder nicht ausreichend. Weil die Zahl der Verletzten und getöteten Kinder steigt, will die Polizei genauer hinschauen.

S. 16

Hilfsaktion

Mehr als eine Geldspende für die Tsunami-Opfer überweisen – der Landtagsabgeordnete Dr. Frank Freimuth hat sich vor Ort in Sri Lanka engagiert und fördert den Wiederaufbau.

S. 18

Manches Säuglingsbettchen in den Geburtsabteilungen bleibt leer. Immer weniger Kinder kommen zur Welt – zu wenige jedenfalls, um den natürlichen Bevölkerungsverlust auszugleichen. Das hat gravierende Folgen für unsere Gesellschaft. Nicht jetzt, aber in zehn, 20 oder 30 Jahren. Städte schrumpfen, Quartiere entmischen sich, die Nachfrage nach medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen wächst. Das alles ist schon heute abzusehen. Da stellt sich die Frage: Was tut die Politik, um jetzt die Weichen richtig zu stellen? Gerade hat die Landesregierung ein „Handlungskonzept demographischer Wandel“ beschlossen. Und vier Abgeordnete aus den vier Fraktionen sagen ihre Meinung, wie unsere Städte am Leben erhalten werden können (Seiten 10 und 11). Foto: Schälte

Wort und Widerwort

Brauchen wir City-Maut und Fahrverbot für saubere Luft in den Städten?

Mehr als 36 Mal wurde an besonders belebten Straßen des Landes inzwischen die EU-Grenze für Feinstaub überschritten. Erste Gegenmaßnahmen wurden ergriffen. Nicht nur die betroffenen Menschen fragen: Reicht das aus oder muss an der Wurzel angesetzt werden? Wer trägt die Verantwortung dafür, dass erst so spät etwas geschieht? Während die Oppositionsfraktionen „Chaos“ und „blinden Aktionismus“ erkennen und den Regierungen in Berlin und Düsseldorf Versagen vorwerfen, meint Rot-Grün, dass Dieselfilter, Spritsparen, ein attraktiverer öffentlicher Personennahverkehr und die Rückbesinnung auf umweltfreundliche Transportmittel die Lage nachhaltig verbessern können (Seite 8).



Weniger Kinder, kleinere Städte – Politik muss entscheiden

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Neues Abgeordnetengesetz: Landtag schafft Privilegien ab	3
Plenum definiert die Rolle der Fraktionen neu	3
Aktuelle Stunde zu Grenzen und Nutzen von Datenspeicherung	4
Essen steht im Finale um den Titel Kulturhauptstadt 2010	5
Über den Nutzen des Energiewirtschaftsgesetzes	6
Die Effizienz der Wirtschaftsförderung	6
Enquetekommission gibt Handlungsempfehlungen	7
<i>Abschlussbericht „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“</i>	
Wort und Widerwort	8
<i>Brauchen wir City-Maut und Fahrverbot für saubere Luft in den Städten?</i>	
Überalterung verlangt nach Maßnahmen	9
Die Stärke der Städte fördern	10/11
<i>Interview mit den städtebaupolitischen Sprechern</i>	
Türkischer EU-Beitritt als Nagelprobe	12
Frischer Wind im Polizei-Kleiderspind	13
<i>991 Beamte testen neue Funktionskleidung</i>	
WestLB-Vorstandsvorsitzender über das Jahr mit neuem Konzept	14
Zukunftskonzepte der NRW.BANK	15
<i>Vorstand informiert im Ausschuss</i>	
Personalausschuss empfiehlt Schaffung eines Renten-Fonds	16
Zahl der Verkehrstoten auf historischem Tief	16
Schulverweigerung hat Vorgeschichte	17
<i>Hilfe soll Jugendliche und Eltern einbeziehen</i>	
Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen in Sri Lanka	18
Die Weiterbildung und der Arbeitsmarkt	19
<i>Experten debattierten Studie zum lebensbegleitenden Lernen</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	20
„Aufrechter Mensch und Demokrat“	21
<i>Vor 25 Jahren starb der Landespolitiker Heinrich Köppler</i>	
Aus den Fraktionen	22
Porträt der Woche: Horst Westkämper (CDU)	23
Nun amtlich: „Landeshauptstadt“	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Lebensraum Stadt

Bis im Jahr 2050 wird der Anteil der unter 25-Jährigen von 21 auf 16 Prozent sinken, der Anteil der 60-Jährigen wird sich dagegen spürbar von 22 auf 37 Prozent erhöhen. Niedrige Geburtenraten, die Folgen des Bevölkerungsrückgangs und die Alterung unserer Gesellschaft stellen große Herausforderungen an die Politik. Der demographische Wandel verändert das Gefüge einer Stadt auf allen Ebenen. Schon jetzt veröden in manchen Städten in Nordrhein-Westfalen einzelne Viertel. Gefordert ist ein Umdenken in der Familien- und Bildungspolitik, in der Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik. Nötiger denn je sind neue Akzente in der Stadtplanung und in der Sozialpolitik.

Es geht um Strategien für die Zukunft. Wenn der Schrumpfungsprozess NRW bereits ab 2010 verändert, müssen Städte und Politik darauf vorbereitet sein. Von gut 18 Millionen soll die Einwohnerzahl im Land bis zum Jahr 2040 auf 16,9 Millionen schrumpfen. NRW reagiert mit dem Programm „Stadtumbau West“. Millionen Euro gegen die Verödung maroder Stadtteile.

SCHRUMPFUNGSPROZESS

Ein Beispiel: Weniger stark wird Düsseldorf betroffen sein. Doch die Landeshauptstadt sucht nach Ideen, junge Familien wieder zurück in die Stadt zu holen. Denn zurzeit wandern junge, gut verdienende Paare mit ihrem Nachwuchs in den Speckgürtel der Stadt ab, weil sich dort noch frei stehende Eigenheime bezahlen lassen. Gefordert sind jetzt Konzepte, um die Wohn- und Lebensverhältnisse in der Stadt zu verbessern. Wohnungen müssen wieder stärker in die Nähe der Arbeitsplätze rücken.

Eine Studie: Die Untersuchung eines privaten Wirtschaftsforschungsinstituts besagt, dass die Ruhrgebietsstädte mehr unter dem Schwund an Bürgern leiden als die Rheinstädte. Die Bilanz für NRW fällt düster aus. Essen beispielsweise verliert Jobs und Einkommen, Bochum und Krefeld auch. Nach aktuellen Prognosen schrumpft die Stadt Wuppertal bis zum Jahr 2015 von heute 363.000 auf 342.000 Einwohner. Nur Städte wie Köln, Düsseldorf und Bonn bleiben auf der Gewinnerseite. Sie sind so attraktiv, dass die Menschen trotz hoher Mieten in die City strömen.

Jetzt geht es darum, dass alle mithelfen müssen: Politik, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Städte und Viertel müssen in rasanter Schnelle umgeplant werden. Es gibt kein Konzept für ganz Nordrhein-Westfalen. Jede Stadt hat ihre eigenen benachteiligten Ecken und intakten Strukturen. Eines muss das Ziel aller sein: Städte müssen wieder als Lebensraum interessant werden. **SH**

Einen Meilenstein gesetzt

Landtag sagt einstimmig Ja zum neuen Abgeordnetengesetz

Ein Gesetz „von historischer Bedeutung“ hat der Landtag am 17. März beschlossen. So bewertete Landtagspräsident Ulrich Schmidt die einstimmige Verabschiedung des neuen Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen. Vorgelegt von allen vier Fraktionen schafft das Gesetz bisherige Privilegien ab und stellt die Volksvertreter, was ihre Vorsorgeaufwendungen und die Besteuerung ihrer Einkünfte angeht, mit den anderen Bürgerinnen und Bürgern gleich.



Carina Gödecke (SPD) stellte fest: „Heute beschließen wir einvernehmlich ein Abgeordnetengesetz, das seinesgleichen in der Bundesrepublik Deutschland sucht“. NRW leiste einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Parlamentarismus: „Mit unserem Abgeordnetengesetz schreiben wir endgültig Parlamentsgeschichte“. Privilegien würden abgeschafft, eine selbst finanzierte Altersversorgung geschaffen und Nebentätigkeiten klar geregelt. Gödecke: „Wir drehen nicht nur an Stellschrauben, sondern wir nehmen einen echten Systemwechsel vor“.

Über 75.000 Unterschriften hatte bis Mitte März die „Volksinitiative Diätenreform“ gesammelt und dem Präsidenten des Landtags, Ulrich Schmidt (M.), überreicht. Als Initiator der Aktion hat der Bund der Steuerzahler in NRW – links im Bild sein Vorsitzender Georg Lampen, rechts Vorstandsmitglied Michael Boeckhaus – zusammen mit vielen Helfern unter den Bürgerinnen und Bürgern des Landes um Unterschriften gebeten. Das blieb nicht ohne Eindruck: Inzwischen hat der Landtag das Abgeordnetengesetz verabschiedet; der Initiator hat daraufhin die Volksinitiative als erfolgreich gewertet und gestoppt. Foto: Schälte



Heinz Hardt (CDU) sagte voraus, die nordrhein-westfälische Gesetzesänderung werde in den übrigen deutschen Parlamenten viele Diskussionen auslösen und das Diätenrecht auch dort verändern. „Ich glaube, ein Zurück nach steuerbefreiten Tatbeständen wird es für Abge-

ordnete nicht mehr geben“. Das Parlament habe die Umsetzung des Gesetzes schneller geschafft, „als es uns viele zugetraut haben“.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) zeigte sich überzeugt, dass der Bundestag und die anderen Landesparlamente dem nordrhein-westfälischen Landtag auf diesem Weg folgen werden: „Dies ist ein modernes Gesetz für ein modernes zukunftsorientiertes Parlament“.

Die Sprecherin bedauerte, dass die Mehrheit der Vorstellung ihrer Fraktion, die Neuordnung auch auf die Bezüge der Regierungsmitglieder auszudehnen, nicht gefolgt ist.

Johannes Remmel (GRÜNE) stimmte zu: „Wir setzen in Nordrhein-Westfalen einen Meilenstein“. Auch er dankte allen Beteiligten und freute sich, dass das Vorurteil widerlegt worden sei, „dass in der Politik nicht auch fraktionsübergreifend gute Ergebnisse erzielt werden können“. Dieser Schritt „für

Klarheit, Transparenz und Offenheit“ könne das verloren gegangene Vertrauen in demokratische Institutionen stärken.

Carina Gödecke (SPD) begründete die Novelle damit, dass in den Jahren nach der Verabschiedung des Fraktionsgesetzes 2001 Missverständnisse aufgetreten und Ungenauigkeiten aufgefallen seien, die abzustellen sind. Als Adressaten der politischen Meinungsbildung müssten die Fraktionen selbst in den Dialog mit den Bürgern treten dürfen. Außerdem werde geklärt, dass die Fraktionen keine Zuschüsse, sondern Leistungen erhielten, die sie nur für eigene Zwecke und nicht zur Finanzierung von Parteaufgaben verwenden dürften. Ferner werde – „aus unserer Sicht auch unmissverständlich“ – die Rechnungsprüfung durch den Landesrechnungshof geregelt, der übrigens selbst zur Diskussion über die Rechtsstellung der Fraktionen beigetragen habe.

Helmut Stahl (CDU) schloss sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an und empfahl die Annahme des Gesetzes.

Leistungen lösen Zuschüsse ab

Plenum definiert die Rolle der Fraktionen neu

Gleich nach dem Abgeordnetengesetz hat der Landtag auch die Bestimmungen zum Fraktionsgesetz angepasst. Anlass dafür war die aktuelle Rechtsprechung; daneben sollen auch die Aufgaben und die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen präzisiert und konkretisiert werden. Das alles vor dem Hintergrund geänderter parlamentarischer Entscheidungsprozesse und mit dem Wunsch nach mehr Transparenz. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung ebenfalls einstimmig angenommen.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) lobte, dass es in „überaus erfreulicher, konstruktiver Zusammenarbeit“ gelungen sei, ein „modernes, transparentes und die Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle vereinfachendes Gesetz“ zu schaffen. Sie sagte: „Wir gehen davon aus, dass sich auch andere Länder an diesem Systemwechsel orientieren und ihn vornehmen werden.“

Johannes Remmel (GRÜNE) machte auf die entscheidende Frage aufmerksam: Sind die Fraktionen Teil der öffentlichen Verwaltungen „oder muss man der besonderen Stellung der Fraktionen in der parlamentarischen Demokratie entsprechend gerecht werden?“ Er bedauerte, dass keine Verhaltensweise gefunden worden sei, „die auch zukünftigen Streit möglicherweise minimiert“.

Im Zweifel für die Sicherheit

Aktuelle Stunde zu Grenzen und Nutzen von Datenspeicherung

Wie weit darf man die Freiheit des Einzelnen einschränken, um die Gesellschaft möglichst sicher zu machen? Wie weit in Privat- und Intimsphäre eindringen? Ein Thema, das seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 diskutiert wird. Das Inkrafttreten des Steuerehrlichkeitsgesetzes des Bundes zum 1. April nahm die FDP zum Anlass, im Landtag eine Aktuelle Stunde zu beantragen.

Dr. Robert Orth (FDP) warf Bundesinnenminister Otto Schily und „in seinem Gefolge“ NRW-Innenminister Fritz Behrens vor, sie bastelten „de facto am gläsernen Deutschen“. Das neue Steuerehrlichkeitsgesetz ermögliche einer Vielzahl von Behörden, „ohne Verdacht und Anhaltspunkt in jedem Depot und Konto herumzuschneffeln“. Und nun sollten „Millionen Handy-, Telefon- und Internetbesitzer systematisch überwacht werden, um möglichen Verbrechen auf die Spur zu kommen“. Schon längst, so Orth, werde nicht mehr abgewogen, was erforderlich, sinnvoll oder verhältnismäßig sei. „Der Preis ist der Verlust der Freiheit.“ Dabei, so argumentierte der Liberale, sei die geplante Speicherung aller Verbindungsdaten für ein Jahr aus ganz praktischer Sicht unsinnig. Dabei entstünden zehn Aktenberge bis zum Mond; „Wer soll denn das jemals kontrollieren?“

Jürgen Jentsch (SPD) skizzierte, es gehe hier nicht um das Mitschneiden von Gesprächen, sondern um die Speicherung von Kommunikationsdaten. Der Sozialdemokrat verwies auf eine EU-Initiative, die eine Speicherung für höchstens 36 Monate vorsieht. Die

Bundesregierung prüfe derzeit, „Nummern und Internetadressen, nicht aber die Inhalte von Gesprächen und E-Mails“ zentral ein Jahr lang archivieren zu lassen. Durch die bisherige Löschung nach 90 Tagen, so seine Argumentation, „ergeben sich insbesondere bei der Bekämpfung von Schwerekriminalität und Terrorismus immer wieder Ermittlungs- und Beweissicherungshemmnisse“. Auch in Bundesländern wie Bayern finde der Vorstoß der Bundesregierung Zustimmung. Dabei seien für die Sozialdemokratie „eine strikte Wahrung der Verhältnismäßigkeit, die Belange des Datenschutzes und die wirtschaftlichen Auswirkungen für die Telekommunikationswirtschaft von entscheidender Bedeutung“.

Theo Kruse (CDU) zeigte sich sicher, man könne „wesentlich bessere Fahndungs- und auch Aufklärungserfolge vorweisen, wenn wir mehr über die Telekommunikation der Verdächtigen wissen“. Allerdings könne das angesichts des Rekordniveaus von 1,5 Millionen registrierten Straftaten und einer „außerordentlich schlechten Aufklärungsquote von 47,9 Prozent“ nicht die einzige Strategie sein, griff er den Innenminister an. Außerdem, so Kruse, gebe es noch eine Vielzahl von Fragen zu Effektivität, Aufwand und Vertrauensverlust in

der Bevölkerung: „Die zahlreichen verfassungsrechtlichen Bedenken sind zu berücksichtigen. Dies bleibt immer eine Gratwanderung.“ Im Zweifel, so Kruse, plädiere die CDU schon seit vielen Jahren aber für die Sicherheit.

Monika Düker (GRÜNE) verwies auf einen Beschluss des Bundestages, der die Mindestspeicherung ablehne. Sie gehe davon aus, „dass der Bundesinnenminister diese Dinge ernst nimmt“. Bis jetzt seien ihr keine nachvollziehbaren Argumentationen vorgetragen worden, warum diese Form der Vorratsdatenspeicherung gebraucht werde. Den Liberalen warf sie mit Blick auf die niedersächsischen Polizeigesetze allerdings vor, ihr Einsatz für Bürgerrechte werde zur Schimäre, sobald die FDP Regierungsverantwortung trage. „Wir wollen aber auch nicht weggucken“, gestand sie ein. Im Bezug auf Internet und Telefon liefen eine Menge Daten auf, „auf die selbstverständlich Zugriff gewährt werden muss“. Dükers Lösung: anlassbezogene Speicherung bei Verdacht.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) stellte klar: „Es sollen lediglich die Telefonnummern und die Dauer einer Verbindung länger als bisher bei Unternehmen verfügbar gehalten werden. Das soll dann analog auch für Internet-Verbindungen gelten.“ Dieses ändere jedoch nichts daran, dass Behörden nur „unter den gesetzlich genau normierten Bedingungen zugreifen dürfen“. Auch in Zukunft sei hierfür ein Richter zuständig. Gerade die Ermittlungen nach den Anschlägen in Madrid hätten gezeigt, wie wichtig die Auswertung von Telekommunikationsdaten sei. „Auch die Praktiker der Justiz haben im Dezember 2004 den Bedarf ausdrücklich bestätigt“, stellte sich der Minister auf die Seite der Verfechter eines EU-einheitlichen Standards. 📞

Dr. Fritz Behrens (SPD)

Dr. Robert Orth (FDP)

Jürgen Jentsch (SPD)

Theo Kruse (CDU)

Monika Düker (GRÜNE)

Fotos: Schälte

„Riesengewinn für das Ruhrgebiet“ Essen steht im Finale um den Titel Kulturhauptstadt 2010

Vom Industrieviertel zur kulturellen Region: Essen mitsamt dem ganzen Ruhrgebiet ist auf dem Weg zur Kulturhauptstadt einen Schritt weiter. Auf Vorschlag einer nationalen Expertenjury gehen Essen und die sächsisch-polnische Grenzstadt Görlitz/Zgorzelec ins Rennen um den Titel der Kulturhauptstadt 2010. Damit ist das Ruhrgebiet in der Endrunde. Der Europäische Rat wird die endgültige Entscheidung voraussichtlich Anfang 2006 treffen. Die Nominierung Essens war auf Antrag der SPD und GRÜNEN Thema einer Aktuellen Stunde.

Manfred Böcker (SPD) betonte, dass die Vorentscheidung für Essen ein Zeichen dafür sei, welche ungeheure kulturelle Dynamik in dem Ballungsgebiet stecke. Beharrlichkeit und Begeisterung der Menschen in Essen und im Ruhrgebiet hätten zu diesem ersten Etappenziel geführt. „Essen als Motor des Strukturwandels – natürlich zusammen mit Wirtschaft und Industrie – kann eine Begeisterung und positive Stimmung im Ruhrgebiet auslösen“, so Böcker.

Oliver Keymis (GRÜNE) ergänzte, dass der Wandel vom Industriezeitalter zur Wissensgesellschaft nur mit der Kultur zu bewältigen sei. Das Ruhrgebiet sei einst die Region gewesen, in der Rüstungsschmieden die Weltkriege munitionierten, heute lebten in dieser Region über 140 verschiedene Nationen friedfertig miteinander. „Es ist die Region Deutschlands, in der die Migration nicht nur in Debatten stattfindet, sondern täglich gelebte Realität ist“, erklärte Keymis.

Regina van Dinter (CDU) wies auf den kulturellen Reichtum des Ruhrgebiets hin. Diese Kulturvielfalt habe sich aus einer Kraftanstrengung des Strukturwandels entwickelt. „Wir haben nicht die über Jahrhunderte gewachsene Kulturlandschaft“, so die Sprecherin. „Die Kulturregion Ruhr ist das hart erarbeitete Ergebnis der Verabschiedung von einer großen industriellen Vergangenheit.“

Brigitte Capune-Kitka (FDP) stellte fest, dass Kultur mehr als ein „weicher“ Standortfaktor sei: Kultur berge innovatives, kreatives Potenzial sowie die Chance der Identifikation der



Geschafft – in großformatigen Zeitungsanzeigen feierte das Revier die Entscheidung in Sachen Kulturhauptstadt.
Foto: Schälte

Menschen mit ihrem Umfeld. „Die ganze Region bekommt ein neues Image und frischen Schwung für die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Zukunft“, so Capune-Kitka. Sie erinnerte die Landesregierung daran, Wort zu halten und Essen zu unterstützen. Eine Stadt und eine Region schaffe es nicht allein, europäische Kulturhauptstadt zu werden.

Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) hob die Besonderheiten der Essener Bewerbung hervor: Regionalität, einmalige Spielstätten der Industriekultur und Internationalität. Damit sei das Ruhrgebiet eine Modellregion für Europa. Er freue sich über die Aufbruchstimmung im Ruhrgebiet und glaube, dass nach Berlin und Weimar jetzt der westliche Teil Deutschlands an der Reihe sei.

Franz-Josef Britz (CDU) betonte, dass „das Ruhrgebiet mit einer Stimme spricht“. Und: „Wir können auf unsere Region stolz sein.“ Die Auszeichnung durch die Jury verkenne nicht, dass das Ruhrgebiet Probleme habe, aber sie würdige auch, dass es erfolgreiche Ansätze gibt, diesen Strukturwandel zu bewältigen. Ohne Unterstützung durch die Wirtschaft könne dieses Projekt aber nicht bewältigt werden.

Michael Groschek (SPD) wertete die Nominierung als Aufforderung, den Weg des Strukturwandels weiter zu gehen. Das eigentlich Herausragende sei die Einstellung des Ruhrgebiets, Niedergang nicht als Niederlage, sondern als Herausforderung zu begreifen. Es sei in Deutschland einmalig, dass in einem Strukturwandelprozess Kultur nicht nur als schmückendes Beiwerk, sondern als Motor und als Jobmaschine begriffen werde.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) sah eine entscheidende Grundlage für die Nominierung in der Tatsache, dass die Strategie der Regionalisierung ge-griffen habe. „Wenn diese Regionalisierung nicht stattgefunden hätte, hätte es keine Bewerbung für das Ruhrgebiet gegeben, sondern zwei mittelgroße Großstädte hätten sich jede für sich beworben“, war sich Rommelspacher sicher. Erst das Überwinden der Kirchturmskonkurrenz habe die Entscheidung der Jury möglich gemacht.

Minister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) schloss mit einem Dank an alle, die an der Bewerbung beteiligt waren. „Es war eine tolle Erfahrung, dass hier alle an einem Strang gezogen haben“, freute er sich. Die Bewerbung sei schon jetzt ein Riesengewinn für das Ruhrgebiet. Er wies darauf hin, dass die europäische Jury Anfang 2006 die Bewerberstädte besuchen wird. Anschließend werde das Europäische Parlament eine Stellungnahme abgeben. Die Kommission lege dem Rat eine Beschlussempfehlung vor, dann treffe der Rat eine Entscheidung.

Über den Nutzen des Energiewirtschaftsgesetzes

Landtag diskutiert Folgen des Entwurfs der Bundesregierung

In Berlin hat sich die Regierungskoalition über ein gemeinsames Vorgehen beim geplanten Energiewirtschaftsgesetz verständigt. „Ein wichtiger Baustein für den Standort NRW“, loben SPD und GRÜNE im Landtag in einem Eilantrag (Drs. 13/6745). In Ruhe prüfen, bremsen CDU und FDP in der Plenardebatte die Euphorie. Am Ende stimmten sie gegen den Eilantrag, der mit den Stimmen der Koalition verabschiedet wurde.



Werner Bischoff (SPD) mahnte ein „gemeinsames Signal“ an: „NRW ist ein guter Industriestandort in Deutschland und Europa.“ Im Ringen um eine jederzeit gesicherte, umweltschonende und preiswürdige Energieversorgung schließe das Gesetz die letzte Lücke. Man schaffe Rahmenbedingungen für Investitionen und Planungssicherheit für die Energiewirtschaft.

Christian Weisbrich (CDU) stimmte zu, dass ein solches Gesetz ein wichtiger Baustein sein könne. Allerdings sollte Rot-Grün „nicht ernsthaft eine Zustimmung im Schweinsgalopp“ erwarten. Man wird das „zügig aber dennoch sorgfältig“ prüfen. „Sie müssen sich darüber im Klaren sein, dass Ihre Koalition die Energie seit 1998 mehr als genug verteuert hat.“

Christian Weisbrich (CDU) machte die Wirtschaftspolitik zum „Gradmesser für Erfolg einer Regierung“. Er stellte ein Vier-Säulen-Modell vor: Privatisierung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW), Bündelung der Aktivitäten unter einem Dach, Aufbau einer unabhängigen Netzwerkstruktur sowie Dienstleistungen gegen Entgelt.

Marc Jan Eumann (SPD) gestand in bestimmten Segmenten Nachholbedarf ein. Das sei in die Wege geleitet worden. Dabei sollten die Aufgaben der GfW unter dem Dach der NRW.BANK erfüllt werden. Wirtschaftsförderung sei eine wichtige Säule der NRW.BANK. Der General-Kritik an der GfW stellte er sich entgegen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) forderte einen kompletten Neuanfang. Es sei ein strukturelles Problem dieser Landesregierung, dass diese Anreize im Mittelstand überhaupt nicht ankommen.

Reiner Priggen (GRÜNE) nannte den Entwurf in der Sache „sehr gut“, allerdings auch im Detail schwierig. „Wir bekommen die Trennung von Netzbetrieb, Stromerzeugung und Handel und eine Transparenz der Kosten.“ Es gebe, so Priggen, auch bereits erste positive Reaktionen der Unternehmen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) kontierte, „die Rahmenbedingungen für derartige Milliardeninvestitionen sind in den letzten Jahren entweder systematisch verschlechtert worden oder waren nicht klar“. Mit dem Gesetz müsse das Ziel niedrigerer Strom- und Energiepreise für die Betriebe und

Verbraucher erreicht werden. Bei der Entflechtung gehe der Entwurf beispielsweise nicht weit genug.

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sprach von einer wichtigen Einigung für Unternehmen und Verbraucher. Er begrüßte die Anreizregulierung und die Möglichkeit, auf die besonderen Interessen der stromintensiven Industrien eingehen zu können.

Die Effizienz der Wirtschaftsförderung

Debatte nicht nur um die Rolle der NRW.BANK

Die Wirtschaftsförderung in NRW soll auf neue Beine gestellt werden. Soweit sind sich alle im Landtag vertretenen Parteien einig. Der CDU-Antrag „Die Wirtschaftsförderung effizient gestalten“ (Drs. 13/6714) war jetzt Anlass für eine Aktuelle Stunde über die unterschiedlichen Konzepte.

Den Ansatz der CDU hielt er für positiv. Das Land müsse auch in Zukunft Akzente und Schwerpunkte setzen. Daher dürfe man sich seiner strukturpolitischen Instrumente nicht berauben.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) kontierte: „Wir haben hier mehr Unternehmens- und Gewerbenegründungen als in den anderen Bundesländern – auch prozentual.“ Die Koalition wolle im Gegensatz zur CDU die politische Steuerung erhalten. „Deswegen plädieren wir für die GfW

als eigenständige Gesellschaft unter dem Dach der NRW.BANK.“

Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) sah die NRW.BANK im Mittelpunkt der Neuorientierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik. Sie werde Schritt für Schritt zur zentralen Beratungs- und Förderplattform des Landes. Bestandteil dieser Strategie sei die „Übertragung der Abwicklung möglichst aller Förderprogramme“ genauso wie die Anbindung der Landesgesellschaften an die Bank.

„Pflege darf nicht zum Pflegefall werden“

Enquetekommission gibt 160 Handlungsempfehlungen

Nach dreijähriger intensiver Arbeit hat die Enquetekommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Aufgabe der Kommission, die sich aus Abgeordneten aller Fraktionen und Sachverständigen aus Wissenschaft und Praxis zusammensetzte, war es die zukünftigen Herausforderungen für die Pflege vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zu benennen. In NRW sind zurzeit 495.000 Menschen pflegebedürftig, 2040 werden es 659.000 sein.

Angelika Gemkow (CDU) betonte, dass die Pflege morgen nur sicher sei, wenn heute über die großen Herausforderungen geredet werde. „Pflege und Alter dürfen nicht länger Tabuthemen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sein.“ Sie verwies darauf, „dass der soziale und demographische Wandel in unserem Land zu großen Problemlagen führen wird“. Unverzichtbar bei allen Planungen und Überlegungen zur Absicherung der pflegerischen Versorgung sei die Pflege in den Familien. 70 Prozent der Pflegebedürftigen würden immer noch durch Angehörige und ambulante Pflegedienste in der häuslichen Umgebung versorgt. Deshalb fordere die Kommission mehr Unterstützung und Beratung für pflegende Angehörige. Um den kommenden Herausforderungen gewachsen zu sein, bedarf es eines „Pflege-Mixes aus Pflegeprofis, Angehörigen und ehrenamtlichem Engagement“.

Ralf Jäger (SPD) lobte die „sehr intensive, harmonische und effektive“ Arbeit in der Kommission. Er hoffte, dass der Beitrag der Kommission „einen Baustein liefert zum Beginn eines gesellschaftlichen Diskurses darüber, was als Herausforderung angesichts der nächsten, der älter werdenden Generation auf uns zu kommt“. Sowohl bei der Rente als auch beim Gesundheitswesen werde es zu deutlichen Veränderungen kommen. Die Menschen müssten sich darauf einstellen, größere Anteile ihres Wohlstandes für die Finanzierung der Pflege aufzuwenden. Weiterhin müsste aber auch sichergestellt werden, dass ein menschenwürdiges Alterwerden nicht von der Dicke der Brieftasche abhängt.



Die Kommissionsvorsitzende Angelika Gemkow (CDU).
Fotos: Schälte

Rudolf Henke (CDU) forderte, die Möglichkeit selbst einmal pflegebedürftig zu werden nicht weiter zu verdrängen. Die Menschen ordnen die „Abhängigkeit von fremden Menschen gerne Lebensphasen zu, die noch weit weg sind“. Die neuen Finanzierungsmodelle für die Pflege können nur verwirklicht werden, wenn das Wirtschaftswachstum in Deutschland vor-

angebracht und die Arbeitslosigkeit überwunden würden. Weiterhin machte er deutlich, dass eine Überforderung der nachfolgenden Generationen drohe. Deshalb ist ein „gesundheitsbewusstes Gestalten des eigenen Lebensverlaufs der einzige Weg“, um die Kosten im Rahmen des Möglichen zu halten.

Dr. Jana Pavlik (FDP) bekräftigte, eine zukunftsweisende Pflegepolitik erfordere ein hohes Maß „an Sensibilität, Sachkenntnis und Durchsetzungsvermögen“. Weiterhin verwies sie auf die Problematik der unzureichenden Personalsituation und Personalausstattung. Wenn keine tragfähige Lösung der Personalprobleme gefunden werde, dann werde es zukünftig keine qualitätsorientierte und menschenwürdige Pflege geben. Nur eine menschenwürdige Pflege sei eine sachgemäße und zugleich erträgliche Pflege. Auch die FDP-Politikerin verwies auf die Verantwortung des Einzelnen für seine Gesundheit und eine möglichst lange Vermeidung von Pflegebedürftigkeit.

Barbara Steffens (GRÜNE) betonte, dass „Individualität, Vertrautheit und Häuslichkeit“ wichtige Aspekte für Leben im Alter seien. Sie plädierte dafür, dass Pflegepolitik auch mit der Berücksichtigung persönlicher Wünsche und mit der Unterstützung und Hilfsangeboten zu tun habe, damit alte Menschen auch in absoluter Selbstbestimmtheit leben können. Deshalb müssten Politik und Kommunen gemeinsam „demographische Umbrüche in den Wohnquartieren, in den Stadtteilen gestalten“. Dies führe zu komplett neuen Anforderungen für die Wohnungspolitik, die Quartierplanung und die Infrastrukturplanung.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) würdigte die Arbeit der Enquetekommission, die „eine wichtige Grundlage für politisches Handeln“ und „eine Messlatte für bereits eingeleitete Maßnahmen“ sei. Sie forderte „durch Mobilität und Vitalität trotz Pflegebedarfs die Lebensqualität zu erhalten“. Vor allem die Assistenzleistungen, die die Eigenständigkeit und Selbstständigkeit der Pflegebedürftigen ermöglichen, seien von entscheidender Bedeutung.



VON GERD WIRTH (SPD)

City-Maut und Fahrverbote sind nur zwei von vielen möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten. Ihre Anwendung sollte von der jeweiligen Kommune entschieden werden – Bundes- und Landesrecht sind darauf auszurichten. Vor Ort sind die Vor- und Nachteile dieser Verkehrsmaßnahmen mit möglichen Alternativen am besten abzuwägen. Verkehrslenkende Wirkung und dadurch mögliche Minderung der Attraktivität der Innenstadt als Wirtschafts- und Freizeitstandort sind dabei zu berücksichtigen. Indem die Cityerreichbarkeit beeinträchtigt wird, wenn nicht zugleich das ÖPNV-Angebot attraktiver wird, würde die bestehende Konkurrenz zur „Grünen Wiese“ vergrößert. Weiter wirken Beschränkungen nur kleinräumig, so dass die Luftverhältnisse nicht flächendeckend verbessert werden. Fahrverbote sind daher eher temporäre und lokale Akutmaßnahmen.

Die City-Maut differenziert nicht nach sozialen oder Umweltkriterien, Tageszeiten, Verkehrsaufkommen oder Fahrzeugtypen. Das Manko der finanziellen Zusatzbelastung für den Individualverkehr und der fehlenden sozialen Gerechtigkeit führt zu ihrer geringen gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz.

Grundsätzlich sollte der Luftverschmutzung an ihrer Quelle begegnet werden. Hierzu dient der Einsatz von Dieselpartikelfiltern, die Stärkung des ÖPNV, die Verbesserung des Verkehrsflusses, die Förderung des Radverkehrs, die Erarbeitung regionaler City-Logistik-Konzepte sowie der verstärkte Einsatz sparsamer, effizienter Motoren, auch zum Beispiel von Erdgasantrieben.



VON HEINZ HARDT (CDU)

Was wäre, wenn wir heute schon City-Maut und Fahrverbot hätten? Wäre die Fahrt von Dortmund nach Duisburg dann ein teures Vergnügen? Kann man das Ruhrgebiet nur noch umfahren, wenn ein Fahrverbot für Innenstädte gilt?

Diese Gedankenspiele machen deutlich, wo die Probleme bei City-Maut und Fahrverboten liegen, wenn es um Ballungsräume wie in Nordrhein-Westfalen geht.

Seit dem 1. Januar gelten die Luftqualitätsstandards der EU-Feinstaubrichtlinie. Diese Richtlinie ist einzuhalten, die Konsequenzen aber sind unklar. Die unterschiedliche Handhabung, angefangen bei der Messung von Feinstäuben, zeigt aber, dass bisher eine klare Linie und eindeutige Vorgaben fehlen. Das ist keineswegs das Versäumnis der betroffenen Kommunen. Die Feinstaubrichtlinie wurde 1999 von der EU erlassen, seit 2001 gibt es dazu Regelungen im Bundesimmissionschutzgesetz, und von Beginn an war die Geltung der Vorschriften ab dem 1. Januar 2005 bekannt. Eigentlich Zeit genug für die rot-grüne Bundes- und Landesregierung, sich um die Umsetzung und verbindliche Regeln zu kümmern. Das ist offensichtlich unterblieben, und deshalb herrscht jetzt das Feinstaub-Chaos in den Städten.

Die Diskussion nun auf City-Maut und Fahrverbot zu verengen, ist aber der falsche Weg. Umweltprobleme würden nur verlagert, es gäbe gravierende Auswirkungen auf Mobilität und Versorgung der Innenstädte. Deshalb brauchen wir andere Lösungen.

Bund und Land sollten dafür sorgen, dass der Feinstaub erst gar nicht entsteht. Dieselpartikelfilter sind wirksamer als City-Maut und Fahrverbot.



VON CHRISTOF RASCHE (FDP)

In der gegenwärtigen Diskussion um die Feinstaubproblematik in deutschen Städten hat sich blinder Aktionismus breit gemacht. Die entsprechenden EU-Grenzwerte sind zwar seit 1999 bekannt, doch erst die drohenden Überschreitungen haben die rot-grünen Regierungen in Düsseldorf und Berlin auf den Plan gerufen. Nun werden kurzerhand populistische Forderungen nach City-Maut und Fahrverboten erhoben, um damit von der eigenen Konzeptlosigkeit abzulenken.

Angesichts der Versuche, die Feinstaubbelastungen in einigen Ortslagen für eine ideologische Anti-Auto-Kampagne zu missbrauchen, muss die Debatte endlich versachlicht werden. Tatsache ist, dass der Straßenverkehr weniger als 20 Prozent des gesamten Feinstaubes verursacht. Hinzu kommt, dass der Feinstaub nicht unbedingt an den Messpunkten entsteht, sondern über weite Strecken transportiert werden kann. Isolierte Maßnahmen wie City-Maut und Fahrverbote würden den Menschen also lediglich eine Scheinsicherheit vortäuschen, zugleich aber die Innenstädte als Einzelhandelsstandorte weiter schwächen. Unterm Strich hätten wir dann mehr Verkehr zu den Standorten auf der grünen Wiese.

Natürlich kann und muss auch der Verkehr seinen Beitrag zur Reduzierung der Feinstaubemissionen leisten. Doch statt undurchdachter Einzelmaßnahmen brauchen wir eine Gesamtstrategie zur Luftreinhaltung, die den komplexen Ursachen des Problems gerecht wird und an den Feinstaubquellen ansetzt.



VON OLIVER KEYMIS (GRÜNE)

Das Thema Umweltbelastung durch den motorisierten Verkehr in den Städten ist mit der Luftqualitätsrahmenrichtlinie der EU wieder in das zentrale Blickfeld der Medien und der politischen Diskussionen geraten. Die EU hat den Städten und Gemeinden und den Kraftfahrzeugherstellern neun Jahre (!) Zeit gelassen, sich auf den 1. Januar 2005 vorzubereiten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

38.000 Straßen sind durch das Landesumweltamt in einem aufwendigen Screening-Verfahren auf die Feinstaubbelastung untersucht worden. Die Städte des Landes wussten also, in welchen Straßenzügen die Belastungen vorhanden sind. Und die deutschen Autohersteller haben im Unterschied zu ihren französischen Konkurrenten nicht erkannt, dass nur mit dem Dieselpartikelfilter insbesondere die kleinsten Rußpartikel aus den Abgasen zu entfernen sind.

Wir brauchen keine City-Maut und Fahrverbote, sondern wir brauchen umfassende Mobilitätskonzepte, bei denen die umweltfreundlichen Verkehrsmittel die Vorfahrt erhalten. Busse und Bahnen, das Fahrrad nutzen und „zu Fuß gehen“ muss in den Städten wieder Spaß machen.

Und für den notwendigen Autoverkehr brauchen wir spritsparende Autos mit deutlich reduzierten Abgaswerten. Das Gezerre um die steuerliche Förderung für den Dieselpartikelfilter muss ein Ende haben. 3-Liter-Autos, Hybrid-Antrieb, Biodiesel und Erdgasfahrzeuge müssen endlich aus dem Nischendasein geholt werden.



Nicht mal die Kirche bleibt im Dorf

Überalterung und schwindende Bevölkerung verlangen nach Maßnahmen

Die Innenstädte bluten aus, ganze Stadtviertel veröden, nicht einmal die Kirche bleibt im Dorf. Fast die Hälfte ihrer Gotteshäuser, so schätzte jüngst die Evangelische Kirche, ist in Zukunft entbehrlich und soll verkauft werden. Der demographische Wandel schlägt in den nächsten Jahren unbarmherzig zu: Deutschland hat bei schrumpfender Bevölkerungszahl immer weniger Kinder und immer mehr ältere Menschen.

Die Statistiker nennen die Zahlen. Seit 1972 sterben in Deutschland mehr Menschen als geboren werden. Pro Generation nimmt die Zahl der Neugeborenen um ein Drittel ab. Der Anteil der über 75-Jährigen steigt in NRW von jetzt 1,2 auf 1,8 Millionen im Jahr 2040. Das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern liegt derzeit bei 100 zu 44, bis 2040 wird es sich auf 100 zu 63 und im Jahr 2050 auf 100 zu 78 steigern. Zwischen Rhein und Weser werden gut eine Million Menschen weniger leben. Das sind die unabänderlichen Fakten.

ABWANDERUNG

Die Prognostiker beschreiben die Folgen. Die großen Städte verlieren, der ländliche Raum gewinnt. Dabei kann man am Ruhrgebiet wie in einem Zukunftslabor erkennen, was sich in 25 Jahren in den anderen Regionen des Landes abspielt. In Essen etwa sind schon heute 96.000 Einwohner unter 17, aber 163.000 über 60 Jahre. Das deutsche Nord-Süd-Gefälle verstärkt sich. Junge qualifizierte Arbeitskräfte wandern an die Isar ab. Vor kurzem hat die Untersuchung eines Wirtschaftsforschungsinstituts für diese Schlagzeile beim „Städte-Ranking“ gesorgt: „Ost-Städte ziehen am Ruhrgebiet vorbei. München hat die besten Perspektiven. Leipzig steigt auf. Essen rutscht ab.“ Zurück bleiben dann die vier „A“: Alte, Arbeitslose, Ausländer, Arme.

Natürlich liegen auch Chancen im Wandel. Ältere Menschen haben meist ein wenn auch bescheidenes Vermögen aufgehäuft. Die „Seniorenwirtschaft“ wird sich entfalten und Impulse geben. Weniger Menschen bedeutet auch, dass weniger Energie, weniger Güter produziert und verteilt werden müssen: Ver-

stopfte Innenstädte und Staus auf den Straßen werden seltener. Die Lebensqualität steigt also. Die Immobilienpreise sinken. Im Wohnungsbau tritt an die Stelle der Quantität die Qualität. Der Umbau zum altersgerechten Wohnen kostet Geld – und schafft oder sichert Arbeitsplätze.

Trotzdem: Bei den Politikern müssen die Alarmglocken schrillen. Die mit der schwindenden Bevölkerung verbundene Umwälzung schreit nach Gestaltung. Wenn sich der Wohlstand in naher Zukunft auf ein paar (meist im Süden gelegene) Zentren konzentriert, was geschieht dann mit dem Rest? Trennt sich Deutschland auch geographisch immer deutlicher in Arm und Reich? Was wird aus dem Verfassungswunsch nach Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet? Und in Sachen NRW: Verdient es dieses Land, das mit seiner Montanindustrie für Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in ganz Deutschland gesorgt hat, an den Rand gedrängt zu werden?

Das sind Fragen, die zwischen Düsseldorf, Berlin und den anderen Bundesländern zu klären sind. Bis zu – eventuellen – Ergebnissen kann niemand vor Ort die Hände in den Schoß legen. Schon heute ist eine Menge zu tun – und das wird getan. In Bielefeld zum Beispiel hat der Rat die erste Beauftragte für Demographie ernannt. Die Uni Bielefeld ist schon seit 20 Jahren Ort für demographische Forschung und Lehre. In Essen gibt es eine „Bleibepremie“ für junge Familien. Überall im Land werden Bau- und Planungssünden der Vergangenheit angegangen. Instandsetzung, Modernisierung und Mieterprivatisierung sind die Schlagworte. Selbst vor Abriss schreckt man nicht zurück – wenn auch in wesentlich geringerem Umfang als bei den Plattenbauten im Osten der Republik.

LÖSUNGEN

Wie das Ruhrgebiet darf auch ganz NRW nicht zur Abstiegsregion und zum Altersheim werden. Der Kampf gegen Verwahrlosung, Verelendung und Verödung ist überall und von allen zu führen. Lokalpolitiker, Beteiligte und Betroffene versammeln sich am „runden Tisch“ und suchen nach ganz eigenen Lösungen. Initiative und Ideen sind gefragt. Auf Fördergelder vom Land allein will (und kann) sich dabei keiner verlassen. „Staatsknete“ gibt es zwar („Stadtumbau West“), aber sie allein ist nicht in der Lage, Engagement und Zivilcourage vor der eigenen Haustür zu ersetzen. JK



Die Stärke der Städte fördern

Interview mit den städtebaupolitischen Sprechern

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. 1980 lebten noch knapp 45 Prozent der NRW-Bevölkerung in Großstädten, heute sind es nur noch rund 41 Prozent. Besonders im Ruhrgebiet kämpfen viele Städte gegen sinkende Einwohnerzahlen bei steigender Arbeitslosigkeit. Die Folge: Ganzen Stadtteilen droht Verödung durch Leerstände. Über Ursachen und mögliche Auswege sprach Landtag intern mit Dieter Hilser (SPD), Bernd Schulte (CDU), Karl Peter Brendel (FDP) und Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE).

Hohe Arbeitslosenquoten, mehr Senioren und weniger Familien: Welche Richtung schlägt die städtebauliche Entwicklung in NRW in Zukunft ein?

Hilser: Im Wesentlichen ergeben sich aus der derzeitigen Situation drei Herausforderungen. Aufgrund der Veränderung der Demographie müssen wir etwas für die Urbanität in den Innenstädten tun. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass sich die Wohn- und Lebenssituation in den Siedlungsbereichen verbessert. Darüber hinaus müssen wir Strategien entwickeln, wie man dem Auseinanderdriften von sozial benachteiligten und sozial besser gestellten Stadtteilen entgegenwirken kann. Ein wichtiger Ansatz ist das bundesweit erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“, bei dem unterschiedliche Politikbereiche wie Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Städtebau- und Sozialpolitik integriert an einer Problemlösung arbeiten. Zudem muss die Zusammenarbeit mit den Partnern in den Kommunen ausgebaut werden.

Schulte: Die Probleme sind vielschichtig: Die großen Städte schrumpfen, die ländlich strukturierten Kreise wachsen. Zudem erfährt



Dieter Hilser (SPD)

die Alterspyramide einen dramatischen Wandel. Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt um etwa 25 Prozent ab. In gleicher Größenordnung steigt die Zahl der 65- bis 80-Jährigen. Die Zahl der über 85-Jährigen nimmt sogar um ein Drittel zu. Viele junge Familien sehen die Stadt nicht mehr als attraktiven und zukunftsorientierten Lebensraum an. Der so genannte Suburbanisierungsprozess ist in erster Linie geprägt von jungen Familien mit Kindern. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: die Lebensqualität



Bernd Schulte (CDU)

in den Städten, die Verkehrsverhältnisse, insbesondere aber auch die Lage in den Schulen. Darüber hinaus ziehen viele Familien ins ländliche Gebiet, um sich den Traum vom eigenen Haus zu verwirklichen, was in den Großstädten aufgrund der hohen Grundstückspreise und der Knappheit der Grundstücke oftmals nicht möglich ist.

Brendel: Die demographische Entwicklung in NRW verläuft nicht einheitlich. Aufgrund regionaler Unterschiede kann es darauf auch keine städtebaulich einheitliche Antwort geben. Beispiel Dortmund: Durch die Ausweisung von Baugebieten und die Ausweisung von Arbeitsplätzen in Bereichen, die nachgefragt werden, hat Dortmund eine vernünftige Antwort auf die Herausforderung gegeben. Das sieht in anderen Städten anders aus. Hier ziehen die Menschen weg, weil ihre Erwartungen nicht erfüllt werden. Dazu gehören zum Beispiel Familien, die auf der Suche nach qualitativ hochwertigem Wohnraum im städtischen Bereich oft nicht fündig werden. Darüber hinaus geht die demographische Entwicklung auch am ländlichen Raum nicht spurlos vorüber. Wenn man sich große Flächengemeinden anguckt, dann finden sich immer mehr Ortsteile, in denen der Altersdurchschnitt der Bevölkerung über 60 Jahren liegt. Das wiederum wirkt sich auf die Infrastruktur aus. Wir kennen aus NRW Gemeinden, da liegen die Einschulungszahlen für Grundschulen bei vier Kindern. Hier bedarf es einer gründlichen Umplanung.

Dr. Rommelspacher: Das läuft höchst differenziert. Relativ gut laufen wird es in den nächsten 20 Jahren im Rheinischen. Schwieriger wird es im Bergischen und für das Ruhrgebiet. Hier schrumpfen die Städte mitunter massiv, während Städte wie Münster, Bielefeld und Paderborn eher wachsen. Was die Stadtzentren betrifft, schrumpfen alle Städte in NRW. Wenn Städte wachsen, dann im Umland. Dafür gibt es primär zwei Gründe: Die Suburbanisierung, angeheizt durch Kilometerpauschale, Eigenheimzulage und schlechte Wohnverhältnisse in den Städten sowie das Altern der Gesellschaft. Und beides zusammen schaukelt sich beispielsweise im Ruhrgebiet hoch.

Wie hilft das Land den Kommunen in Zeiten leerer Kassen? Welche städtebaulichen Instrumente haben sich bewährt und welche müssen gekippt werden?

Hilser: Ich glaube, dass man auf ein Instrument wie zum Beispiel den Grundstücksfonds in absehbarer Zeit nicht verzichten kann. Allerdings muss er mit Blick auf die Finanzsituation sicherlich anders ausgestaltet werden. Es wird

nicht mehr gehen, dass man Grundstücke kauft, entwickelt und darauf hofft, dass man sie dann irgendwann wieder verkaufen kann. Stattdessen muss man dazu übergehen, die Entwicklung und den Verkauf von Flächen Dritten zu überlassen. Das wäre der richtige Weg, um der derzeitigen Finanzsituation Rechnung zu tragen.

Schulte: Es gibt mit Sicherheit kein kurzfristiges Patentrezept, dafür sind die Verhältnisse der demographischen, sozialen und ethnischen Entmischungprozesse in einigen Städten beziehungsweise Stadtteilen schon zu weit fortgeschritten. Trotzdem gibt es natürlich Maßnahmen, die zu einer allmählichen Entspannung der Situation beitragen könnten. Ich denke da beispielsweise an die Abschaffung von längst überholten Gesetzesregelungen wie das Zweckentfremdungsverbot oder das Fehlbelegungsrecht. Darüber hinaus gleicht die Hilfe für die Kommunen aufgrund der zur Verfügung stehenden Finanzmasse oftmals nur einem Tropfen auf den heißen Stein.

Brendel: Antworten auf die Probleme in Städten und Gemeinden lassen sich in vielen Fällen in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft durch eine veränderte Planung herbeiführen. Dafür brauche ich zunächst einmal nicht zwingend Geld in die Hand zu

nehmen. Das Land gibt immer noch Geld für Projekte aus, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt sind. Im Bereich des Programms „Soziale Stadt“ investiert das Land teilweise große Summen in Wohnquartiere, die einfach nicht mehr zu retten sind. Hier ließen sich Mittel einsparen, ohne dass sich im Ergebnis etwas verändern würde. Und die frei gesetzten Mittel könnten dann wiederum sinnvoll an anderer Stelle eingesetzt werden.

Dr. Rommelspacher: Es wurde ja gerade auf Bundesebene eine Städtebaureform „im Kleinen“ vollzogen. Dadurch gibt es so genannte Stadtumbaugebiete, eine milde Form der Stadtanierung. Gewisse Instrumente wurden geschaffen, was fehlt, ist Geld. Die zirka 30 Millionen Euro, die wir in NRW jährlich für den Stadtumbau West zur Verfügung haben, sind viel zu wenig. Von daher brauchen wir drin-

gend eine Gemeindefinanzreform. Aus meiner Sicht ist es ein bitterer Rückschlag, dass es dem Bund nicht gelungen ist, diese Reform auf den Weg zu bringen. Das Land NRW ist nicht in der Lage, gegen die Missstände alleine anzufinanzieren.

Vielen Städten in NRW droht die große Leere. Mangelt es ihnen an Attraktivität? Wie lässt sich die Abwanderung ins ländliche Umland stoppen?

Hilser: Die uferlose Ausweisung von dauernd neuem Bauland wird diese Entwicklung nicht stoppen. Einerseits schafft man dadurch zwar neue Wohnmöglichkeiten, andererseits wird jedoch die Wohnqualität verschlechtert, da immer mehr Grünflächen verbaut werden. Das Land zielt stattdessen verstärkt darauf ab, innenstadtnahe Brachflächen zu entwickeln, um die Infrastruktur in den Innenstädten zu erhalten und qualitativ zu sichern. Gerade für junge Familien ist nicht nur die Frage wichtig, wo lebe ich, sondern was für infrastrukturelle Angebote habe ich wie Kindertagesstätten, Schulen und Sportvereine. Mittlerweile beobachten wir aber auch eine Entwicklung, die künftig sicherlich noch an Bedeutung zunehmen wird:

Ältere Menschen ziehen vermehrt in die Städte zurück. Grund hierfür sind die oftmals unzureichenden Infrastrukturangebote im ländlichen Raum, wo es mitunter ganze Landstriche ohne Arzt und Apotheker gibt.

Schulte: Wenn man die Städte als Lebensraum interessant halten will, muss man ermöglichen, dass junge Familien dort wieder verstärkt ihre Zukunft sehen. Das bedeutet zum Beispiel, dass in den Städten Bauland zu erschwinglichen Preisen ausgewiesen werden muss, damit junge Familien die Möglichkeit haben, ein Reihenhaus, ein Doppelhaus oder auch Eigentum in einem Geschossgebäude zu erwerben. Wir werden in absehbarer Zeit zwischen den Kommunen einen ähnlichen Wettbewerb um junge Familien erleben, wie es jetzt schon einen Wettbewerb um Arbeitsplätze gibt.

Brendel: Die Attraktivität einer Stadt entwickelt sich aus der Stadt heraus. Und das ist etwas, was die Kommunalpolitik vor Ort leisten muss. Attraktivitätssteigerung setzt voraus, dass die Stadt erkennt, was ihre Stärken sind und womit sie die Menschen an sich binden kann. Das sind natürlich Arbeitsplätze, das sind aber auch Fragen des Wohnumfeldes. Wenn das alles nicht stimmt, kann ich die Menschen auch durch Imagekampagnen nicht davon abbringen, wegzuziehen.

Dr. Rommelspacher: Das Altern wie auch die Suburbanisierung gibt es in allen entwickelten Industriegesellschaften. Wir, die Gesellschaft, können aber diese Prozesse gestalten. So belegen zum Beispiel Studien, dass rund ein Viertel der Menschen, die aus den Städten wegziehen, zurückgehalten werden könnte. Sie verlassen die Städte nicht, weil es sie ins Grüne zieht, sondern weil sie nicht die passende Wohnung finden, oder das Umfeld nicht stimmt. Abfangen kann man diesen Prozess durch den Abbau so genannter Pull-Faktoren, sprich Eigenheimzulage und Kilometerpauschale, sowie Push-Faktoren. Das sind zum Beispiel das hohe Verkehrsaufkommen, hohe Mieten und schlechte Infrastrukturen. Wichtig ist jedoch, dass die Probleme vor Ort in den Stadtteilen maßgeschneidert angegangen werden. Und zwar in Kooperation von



Karl Peter Brendel (FDP)



Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) Fotos: Schälte

Gemeinde, Wohnungsunternehmen und Bürgern. Mit pauschalen Lösungen kommen wir nicht weiter.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Türkischer EU-Beitritt als Nagelprobe

Hauptausschuss führt Gespräch mit Botschafter Irtemcelik

Der Diplomat redete Klartext. Es müsse „vollen Respekt gegenüber dem deutschen Grundgesetz, den Gesetzen des Landes und den Grundwerten der Gesellschaft“ geben. Es sei ferner unumgänglich, die deutsche Sprache zu beherrschen. All diese Erwartungen von deutscher Seite seien „sehr berechtigt“. Aber er bat auch darum, „die andere Seite der Medaille“ zu bedenken: Dass es sich um Menschen im Integrationsprozess handelt, die sich angenommen und nicht ausgegrenzt fühlen müssen.



Willkommen im Landtag: Edgar Moron (r.) begrüßt als Vorsitzender des Hauptausschusses seinen Gast, Türkei-Botschafter Mehmet Ali Irtemcelik (l.). Nach dem Gespräch im Ausschuss war der Diplomat zusammen mit dem türkischen Generalkonsul Harkan Olcany Gast bei einem Essen von Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linssen.

Foto: Schälte

Den Türken hierzulande dürfe man nicht das Gefühl geben: „Ich werde es nicht schaffen anerkannt zu werden – egal was ich tue.“ Dies erklärte in der letzten Sitzung des Hauptausschusses der zur Debatte über den FDP-Antrag (Drs. 13/5137 neu) eingeladene prominente Gast, der Botschafter der Republik Türkei, Mehmet Ali Irtemcelik. Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung trug den Titel des Antrags: „Nordrhein-Westfalen – Türkei: Informationsaustausch verbessern. Gegenseitiges Kennenlernen schafft Respekt und Verständnis füreinander.“

Ob dies am ehesten durch den von den Liberalen vorgeschlagenen Aufbau eines deutsch-türkischen Jugendaustauschs nach dem Modell

des deutsch-französischen Jugendwerks zu erreichen ist, darüber war man geteilter Meinung. Die positiven Erfahrungen mit der deutsch-französischen Aussöhnung habe man in einem bestimmten historischen Zusammenhang gesammelt; das sei nicht so ohne weiteres auf die deutsch-türkischen Beziehungen zu übertragen, war der Tenor. Die FDP-Sprecherin im Hauptausschuss, Marianne Thomann-Stahl, erklärte denn auch, man sehe im deutsch-französischen Jugendwerk nicht das Modell, das man bloß zu kopieren brauche. Vielmehr komme es auf die Wirkungen an, die damit erzielt worden sind.

Für die CDU fragte Werner Jostmeier, wie am besten Ghettobildungen à la Kreuzberg

(„Klein-Istanbul“) zu verhindern sind. Die Antwort des türkischen Botschafters war ein Appell zu mehr Gelassenheit. Unter Hinweis auf Stadtviertel wie „Little Italy“ oder „Chinatown“ in den USA meinte Irtemcelik, das gehöre zu Amerika und zur Idee von Amerika: „So etwas muss auch in Deutschland möglich sein.“ Kein Mensch in der Türkei nehme zum Beispiel daran Anstoß, dass in den Badeorten an der türkischen Mittelmeerküste inzwischen „deutsche Ghettos“ entstünden.

Den von der Union ins Gespräch gebrachten Begriff von der „privilegierten Partnerschaft“ der Türkei mit der EU wies der Botschafter entschieden zurück. Die CDU habe früher eine ganz andere Haltung zur Türkei gehabt, klagte er: „Es gibt keinen Platz für eine privilegierte Partnerschaft in den Beziehungen.“ Das sei „außerhalb der Regeln“ und für die türkische Republik „heute und morgen nicht akzeptabel“.

Alle gesellschaftlichen Bereiche müssten die Kontakte pflegen, meinte Ute Koczy von den GRÜNEN. Das sei mehr als der Jugendaustausch, den die Liberalen vorschlugen. Man müsse den gegenseitigen Dialog institutionalisieren – von unten und nicht allein auf staatlicher Ebene, fand Koczy. Dem stimmte der Botschafter zu: Gut organisierte

Gruppen könnten wie die Medien eine Vorreiterrolle übernehmen: „Jede Initiative wird wenn möglich von uns unterstützt.“ Er machte deutlich, dass die Integration der Türkei in die EU von den Menschen in vielen islamischen Schwellenstaaten als Test (Irtemcelik: „Nagelprobe“) dafür gesehen wird, wie Europa die Türkei aufnimmt und integriert. Daraus zögen sie ihre persönlichen Rückschlüsse.

Der Ausschussvorsitzende Edgar Moron (SPD) dankte für das interessante Gespräch. Er hoffe darauf, dass es eine Fortsetzung finden wird. Der Botschafter: „Ich komme gern wieder hierher. Es war eine große Ehre für mich, bei dieser Sitzung dabei zu sein. Ich werde diesen Tag in guter Erinnerung bewahren.“

Frischer Wind im Polizei-Kleiderspind

991 Beamte testen neue Funktionsjacken

Ist die Jacke bequem? Hält sie den Wind ab? Was ist mit Dienstwaffe, Funkgerät, Block und Stift ... Und wie sieht es mit Regen oder Schweißbildung aus? 991 Polizistinnen und Polizisten machen landesweit derzeit den Test: Ende kommenden Jahres sollen alle 16.000 Polizeibeamten im so genannten Wachdienst eine neue Uniform bekommen. Die ersten Entwürfe müssen sich derzeit in der Praxis bewähren. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) stellte den „Windbreaker“ mit abnehmbaren Ärmeln im zuständigen Fachausschuss vor.

Wiedererkennbar, einheitlich, funktional, deeskalierend, für die Verfolgungsjagd, für Wind und Wetter wie für das Auftreten bei offiziellen Anlässen genauso gerüstet, für Frauen und für Männer gleichermaßen geeignet – und ein wenig modisch darf es auch sein. Neben dem Wohlfühlfaktor geht es aber auch um Kriterien des Arbeitsschutzes. Der Anforderungskatalog der Polizei an ihre Uniform ist – berechtigterweise – ellenlang. Und leider erfüllt ihn die derzeitige Dienstkleidung der 240.000 Beamten im Land nur unzureichend.

Wie auch, schließlich hat das Modell fast 30 Jahre auf dem Buckel. Klar gab es im Laufe der Jahre die eine oder andere Änderung. Die Vielzahl von Uniformteilen verhindere ein einheitliches Erscheinungsbild und mache die Polizeibekleidung zunehmend teurer, so die offizielle Analyse. „Bei mir im Schrank hängen allein vier verschiedene Jacken. Und ich habe noch lange nicht alle Modelle“, so Ralf Hövelmann aus dem Innenministerium. Und so war es nur logisch, sich im ersten Schritt um eine neue Jacke zu kümmern. Seit Anfang März sind 991 Exemplare an Freiwillige in den Regierungsbezirken Detmold und Arnberg ausgeliefert worden. „Und ein Teil ist schon wieder hier. Die neuen Goretex-Jacken fallen nämlich kleiner aus als die bisherigen Uniformen. Also haben die Kollegen die falschen Größen bestellt“, plaudert Hövelmann aus dem Nähkästchen: „Aber deshalb machen wir ja einen Test.“

ZEITPLAN

Bis Ende November sollen alle Tests für die neue Dienstbekleidung im Wachdienst abgeschlossen sein. Die Entscheidung – so der vorläufige interne Zeitplan – fällt dann im Januar kommenden Jahres. Flächendeckend ausgeliefert werden soll die neue Uniform über die beiden zentralen Bekleidungsstellen Selm und Rheinland dann zum Ende nächsten Jahres. Dabei, so Innenminister Behrens im Ausschuss, gehe man behördenweise vor. „Alle auf einmal

geht nicht und so bleibt die Einheitlichkeit vor Ort gewahrt.“

Die Polizeibeamten im Innendienst sind erst im zweiten Schritt an der Reihe. Bis Ende November 2006 will man die Konzeptionierung und alle Tragetests abgeschlossen haben. Die Einführung ist dann Ende 2007, Anfang 2008 geplant.

Zusätzliche Mittel wird es für die neue Dienstbekleidung im Landeshaushalt übrigens nicht geben, erklärte der Minister den Abgeordneten. Der Wechsel sei im Rahmen des normalen Austausches möglich. Schließlich hat jeder Polizeibeamte in NRW pro Jahr sowieso Anspruch auf ein gewisses Kleiderkontingent.

Noch völlig offen ist weiterhin, welche Farbe die Polizei in NRW demnächst tragen wird – weiter grün oder vielleicht doch blau. Derzeit scheint der bundesweite Trend eher zu letzterem zu gehen. Nachdem die Hamburger Polizei bereits komplett auf Blau umgestiegen ist, hat selbst Bayern, so hat man im Innenministerium festgestellt, jetzt einen blauen Einsatzanzug eingeführt. Die NRW-Testjacke ist in jedem Falle erstmal noch grün – allerdings schwarz abgesetzt. So ein wenig wie die Uniform der ös-



Funktionsgerecht und schick sollen die neuen Uniformjacken der Polizei des Landes sein, die zurzeit getestet werden. Vor dem Landtag wurden sie vorgeführt von Anne Sicking (r.) und Christof Dzennisch (l.) von der Einsatzhundertschaft Düsseldorf. Foto: Schälte

terreichischen Gendamerie. Offiziell ist die Farbgebung jedoch zweitrangig und wird ganz am Ende des Prozesses entschieden: NRW setzt auf eine bundeseinheitliche Lösung und fühlt sich ansonsten an die Beschlusslage der Innenministerkonferenz gebunden. **vok**

Eine Bank orientiert sich um WestLB-Vorstandsvorsitzender über das Jahr mit neuem Konzept

*„Wir sind im neunten Monat des neuen Geschäftsmodells. Und ich denke, dass wir bereits Ende dieses Jahres soweit sind, wie wir für einen Zeitraum von drei Jahren angedacht hatten.“
Überaus zufrieden präsentierte im März Dr. Thomas R. Fischer, Vorstandsvorsitzender der WestLB, im Haushalts- und Finanzausschuss die erste Jahresbilanz des Kreditunternehmens unter seiner Federführung.*

In der AG (das Konzernergebnis lag noch nicht vor) habe man mit 0,69 Milliarden Gewinn in 2004 eigentlich „den Schlager der Saison“ hingelegt. Noch 2003 hatte die WestLB AG 1,95 Milliarden Verlust gemacht. Wenn unterm Strich am Ende auch 2004 ein Fehlbetrag von 920 Millionen steht, so Fischer, sei dies der Tatsache geschuldet, dass man zum einen die Bilanz bereinigt habe und zum anderen die außerordentliche Belastung von 1,4 Milliarden tragen musste. Hier hatte die WestLB Fördergelder zurückgezahlt, die sie laut EU nie hätte bekommen dürfen.

„Wir haben gezeigt, dass wir in der Lage sind, auch in einer so dramatischen Situation Wasser unter den Kiel zu bekommen“, freute sich der Banker nicht zuletzt darüber, dass sein Haus trotz der Belastungen beispielsweise bereits 2004 eine Eigenkapitalquote von 6,9 Prozent erreicht habe. Wozu die Sparkassen – neben dem Land Hauptanteilseigner – mit einer Kapitalerhöhung einen wichtigen Beitrag geleistet haben.

Überhaupt laufe das Geschäft mit den Sparkassen wieder sehr gut an: Von 160 Geschäftsvorfällen seien bereits 80 gemeinsam mit Sparkassen umgesetzt worden – in einem Volumen, dass man sich nicht habe träumen lassen. „Banken brauchen Kunden und Freunde“, habe die WestLB gelernt, so Fischer. „Und die Sparkassen haben mit der Vergangenheit abgeschlossen.“

Hausintern, gestand der Vorstand ein, sei das nicht überall so. „Sanierungen sind keine Methode um

Popularitätswettbewerbe zu gewinnen. Natürlich gibt es irrationale Reaktionen. Das ist menschlich verständlich. Aber gehen Sie davon aus, dass wir geduldig sind, entschlossen und zäh.“ Dabei stellte sich Fischer im Ausschuss auch vor die Verantwortlichen der Vergangenheit. „Dass ein Geschäftsmodell, das einmal gepasst hat, nun nicht mehr funktioniert, ist kein persönliches Versagen einzelner Mitarbeiter. Da geht es um viele andere Dinge – unter anderem der Verlust staatlicher Garantien.“

SPARKASSEN

Neben dem Sparkassengeschäft setzt Fischer in Zukunft aber vor allem auf das Direktkundengeschäft. „Und wir müssen umswitchen auf Investment-Banking.“ Die WestLB mache mehr und vor allem auch kleinere Geschäfte. Das habe den netten Nebeneffekt, vom allgemeinen Margenverfall verschont zu bleiben. „Und das Privatkundengeschäft holen wir uns ab April zurück“, versprach Fischer, der aber ansonsten vor Euphorie warnte: „Wir haben noch zwei, drei Jahre harter Arbeit vor uns.“

Arbeit, die man allein oder mit Partnern angehen wolle, fragten Helmut Diegel (CDU) und Dr. Stefan Grüll (FDP) nach möglichen Fusionen und Kooperationen mit anderen

Landesbanken. „Da sind Dinge in Bewegung“, gab sich der sonst so auskunftsfreudige WestLB-Vorstand zugeknöpft. An der HSH Nordbank sei man derzeit strategisch beteiligt. Und die vielen guten Bande zur ähnlich aufgestellten NordLB seien ja „auch kein Geheimnis“. Da liege eine Kooperation nahe.

Ein Partner, von dem sich die WestLB nun zumindest inhaltlich abgrenzen muss, ist auch die NRW.BANK. Hier, so mahnte Fischer, weiteren Regelungsbedarf an. Die entsprechenden Verträge seien sehr offen formuliert worden.

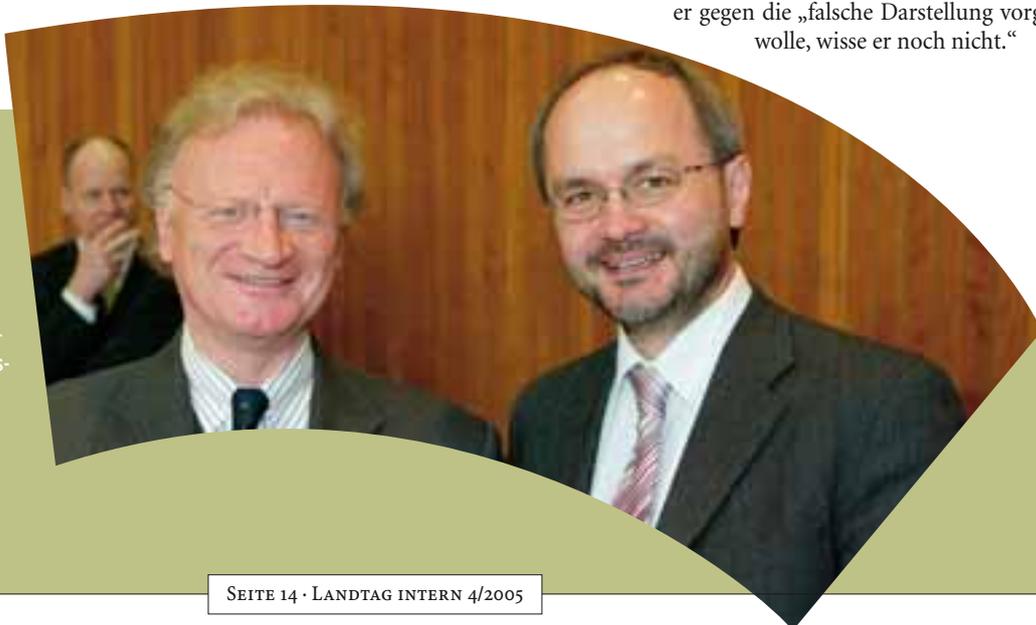
Gisela Walsken (SPD) interessierte vor allem das Geschäftsfeld der Unternehmensfinanzierung. „Ein großes Potenzial“, stimmte Fischer zu. Das Mittelstandsgeschäft blühe und gedeihe. Obwohl es gerade für Mittelständler immer noch unwahrscheinlich schwer sei, an Kredite zu kommen, wünscht sich der Banker Programme zur mezzaninen Finanzierung, die die Lücke zwischen Eigen- und Fremdkapital schließen.

Die WestLB wolle hier aber noch weiter gehen, verwies er auf das Modell Coppenrath & Wiese. Hier beteiligt sich die Bank direkt, hilft bei der Umstrukturierung und geht dann an einem vordefinierten Punkt wieder raus.

Wo die WestLB ein und wieder aussteigt, will man in der Zentrale übrigens nicht nur wirtschaftlichen Kriterien überlassen. Rüdiger Sagel (GRÜNE) brachte einen Fernsehbericht über die Finanzierung umstrittener Öl-Geschäfte aufs Tapet. „Wir nehmen das sehr ernst und wollen nicht für ein paar Mark fünfzig in solche Geschäfte verwickelt sein, die Schäden verursachen oder in Kauf nehmen“, verwies Fischer auf eine eigene Abteilung im Hause WestLB. Zeigte sich aber auch deutlich genervt: „Wenn Sie keine Banken wollen ...“. Den konkreten Fall tat er jedoch mit einer Medienschelte gegen den WDR ab. Hier habe man „vom Informations- und Beratungsangebot an die Redaktion keinen Gebrauch gemacht“. Ob er gegen die „falsche Darstellung vorgehen wolle, wisse er noch nicht.“ **vok**

Die aktuelle Entwicklung bei der WestLB AG war Thema des Gesprächs, zu dem der Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (r.) den WestLB-Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas Fischer (l.) im Ausschuss empfangen hat.

Foto: Schälte



Förder-Strategie

Vorstand der NRW.BANK
stellte Zukunftskonzepte vor

Auf drei Gebäude ist bisher die NRW.BANK verteilt – ein zentraler Sitz ist in Düsseldorf an der Kavalleriestraße in Bau.
Foto: Schälte

Vor einem Jahr wurde aus der „Landesbank NRW“ die „NRW.BANK“. Grund dieser Änderung war der Umbau der 2002 aus der WestLB Girozentrale hervorgegangenen Landesbank zu einer reinen, im öffentlich-rechtlichen Auftrag agierenden Förderbank. Wie steht die Bank jetzt da? Welche Ziele hat man bereits erreicht, welche sich für die nächsten Jahre gesetzt? Im Gespräch mit dem Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) erörterte der Vorstand der NRW.BANK diese und andere Fragen.

Ende 2005 werden wir 110 Milliarden Umsatz ausweisen“, so der Vorstandsvorsitzende Dr. Bernd Lühje. Dabei beschäftige das Unternehmen in Düsseldorf und Münster 1.000 Mitarbeiter, bilde 25 junge Menschen aus. Die neue NRW.Bank sei zwar zu marktwirtschaftlichem Handeln verpflichtet, verstehe sich in erster Linie aber auch als Instrument, „das Primat der Politik zu erfüllen, wenn es um Wirtschaftsförderung geht“. Hier machten Lühje sowie seine Vorstandskollegen Ernst Gerlach und Dr. Ulrich Schröder vier Arbeitsfelder aus.

Bei der Existenzgründungs- und Mittelförderung setzt die Bank auf Bündelung bisheriger Fördermittel, möchte neue Produkte entwickeln und alte aktualisieren.

MARKTBEGLEITUNG

Sie will „Unternehmen aus NRW auf dem Weg in internationale Märkte begleiten“: Durch so genannte „Globulardarlehen“ – allein zwei Produkte mit einem Umfang von 500 Millionen in 2005 – soll Bürokratie bei der Kreditvergabe vermieden werden. Ziel ist aber auch,

passgenaue Einsteigerprodukte anzubieten. Hier gehe es sowohl um Betriebsmittel wie auch Investitionen, aber auch um Eigenkapitalprodukte.

Besonders am Herzen, so Lühje, lägen ihm Hilfen für Nachfolgeregelungen. 120.000 Firmen in NRW suchen in den nächsten fünf Jahren neue Eigentümer. Die Hälfte muss auf externe Interessenten warten.

Mit der Finanzierung von Kommunen und deren Infrastruktur beuge sich die NRW.BANK in einen echten Wettbewerb zu anderen Kreditinstituten. „Legitim“, betonte Dr. Ulrich Schröder. „Schließlich will der Staat seine Kommunen optimal versorgt wissen. Und da werden sich die Rahmenbedingungen in 2005 verschlechtern.“ Allerdings setzt Schröder nicht auf Wettbewerb um jeden Preis. Man sei mit Banken und Sparkassen „in gutem Gespräch“. Gegebenfalls übernehme die NRW.BANK auch die Re-Finanzierung des Stamm-Kreditinstitutes einer Gemeinde.

Ziel ist: „Wir wollen die führende Bank für öffentliche Finanzierung werden“, so Schröder, der auch auf Public-Private-Partnership setzt. Des Weiteren sieht man sich als kommunaler Finanzmanager. Das beinhalte Schulden-

management genauso wie Kapitalmarktberatung. Drittens wollen die NRW-Banker auch in diesem Bereich eigene Förderprodukte entwickeln.

„Im letzten Jahr haben wir bei der Förderung ein Minus hinnehmen müssen, aber bei der Finanzierung zugelegt“, definierte Schröder im Ausschuss die Ausgangslage. Ganz bewusst habe die NRW.BANK einen eigenen Vertrieb ins Leben gerufen. Und so werden in diesem Jahr Berater alle Kommunen aufsuchen.

Dritte Baustelle der Bank: Wohnungsbauförderung. Hier lag das Förderergebnis im vergangenen Jahr mit 3,6 Milliarden Euro um 13,6 Prozent unter dem des Vorjahres. Eine Entwicklung analog zur Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), bedingt durch Änderungen der Rahmenbedingungen, so die Banker. Generell halten sie die Wohnraumförderung in NRW für stabil – bei deutlichen regionalen Unterschieden.

Und so will sich die NRW.BANK in Zukunft vor allem auch auf Teilmärkte konzentrieren: Einmal auf regionale, dann aber auch auf solche für bestimmte soziale Gruppen – beispielsweise für ältere Menschen und Singles. Außerdem soll es um die Wiederbelebung von Flächen in Ballungszentren gehen.

EIGENKAPITALQUOTE

Das vierte Geschäftsfeld „Treasury und Kapitalmarkt“ ist sozusagen das Netz der NRW.BANK „Erstes Ziel einer Bank muss es sein, nicht insolvent zu werden“, so Dr. Bernd Lühje. Die NRW.BANK hat darüber hinaus das Ziel, Gewinne zu erwirtschaften, die wieder in die Förderung fließen – um langfristig den Landeshaushalt zu entlasten. Dabei profitiere man von den Garantien, aber auch dem „exzellenten Ruf“ des Landes, der auch durch Herabsetzung des Ratings keinen zählbaren Schaden genommen habe. Über den Kapitalmarkt muss die Bank eine Bilanzsumme von 110 Milliarden refinanzieren und jederzeit acht bis zehn Milliarden liquide Mittel sicherstellen. Aufbauen, so verriet der Vorstand, wolle man ein weiteres Geschäftsfeld, das der Klein- und Mikrokredite.

Eine „Transparenz der Bankpolitik“, die von allen Fraktionen gelobt wurde. Allerdings gab es kritische Nachfragen zur Wettbewerbssituation mit Sparkassen, der Rating-Herabstufung, zu Rahmenbedingungen für Beteiligungen aber auch zu finanzpolitischen Fragen wie der „viel zu geringen Eigenkapitalquote“. **volk**

Die Last der Altersbezüge

Personalausschuss empfiehlt Schaffung eines Renten-Fonds

Beamte zahlen nicht in die öffentlichen Rentenkassen ein. Die Altersbezüge der Staatsdiener finanzieren Bund, Länder und Gemeinden aus Steuermitteln. Laut Berechnungen der Landesregierung werden sich die Ausgaben des Landes für Beamte im Ruhestand bis zum Jahr 2020 auf 15 Prozent des Haushaltsvolumens verdoppeln. Mit der Sicherung der Altersbezüge befasste sich der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitz Manfred Palmen, CDU).

Ein Gesetzentwurf der Landesregierung „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 13/6537) sieht den Aufbau eines Sondervermögens vor. Ab 2006 sollen dort monatlich 500 Euro für jede neu eingestellte Beamtin sowie jeden neu eingestellten Beamten des Landes eingezahlt werden.

Die Opposition verfolgt einen ähnlichen Ansatz. Der Antrag der CDU-Fraktion „Raus aus der Pensionsfalle“ (Drs. 13/3730) sieht die jährliche Einstellung von 36 Millionen Euro vor. Auch die FDP-Fraktion befürwortet einen Fonds und beantragte die „Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit“ (Drs. 13/5035). Darin vorgesehen ist die Schaffung eines komplett neuen Versorgungssystems, auf das von

Seiten der Politik nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern zugegriffen werden kann.

„Wir sind uns in der Sache doch im Prinzip einig“, fasste Edith Müller (GRÜNE) zusammen, und warb gemeinsam mit Günter Garbrecht (SPD) bei der Opposition um Unterstützung für den Gesetzentwurf der Landesregierung.

Dazu erklärten sich CDU und FDP nicht bereit. Der von der CDU gewünschte Fonds verspreche eine weitaus höhere Rendite und damit eine solidere Sicherung der Beamtenpensionen, erklärte Rolf Seel

(CDU). „Seit Jahren hat die Landesregierung versäumt, für die künftigen Pensionen von Beamten Rücklagen zu schaffen. Nur weil jetzt endlich etwas geschieht, können Sie nicht erwarten, dass wir gleich ‚Hurra‘ schreien“, wies auch Angela Freimuth (FDP) das Anliegen der Koalition zurück.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU angenommen. Die FDP-Fraktion enthielt sich. YV

Erläuterte den Zwischenbericht:
Wolfgang Riotte (r.), Beauftragter für die Reform des öffentlichen Dienstes. Links im Bild Manfred Palmen, Vorsitzender des Unterausschusses Personal.
Foto: Schälte



Zahl der Verkehrstoten auf historischem Tief Ministerium klagt über „Gurtmuffel“

Die Zahl der im Straßenverkehr Verunglückten in NRW hat im vergangenen Jahr erneut einen „historischen Tiefstand“ erreicht. Dies berichtete ein Sprecher aus dem Innenministerium im Verkehrsausschuss (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD). Gleichzeitig klagte er jedoch über das „immer noch mangelnde Anschnallverhalten der Verkehrsteilnehmer“. Besonders besorgniserregend sei der Umstand, dass im vergangenen Jahr mehr Kinder verletzt beziehungsweise getötet wurden, weil sie nicht oder falsch gesichert waren.

Im Jahr 2004 sind insgesamt 25 Kinder im Straßenverkehr tödlich verunglückt. Damit wurde der bereits im Vorjahr erreichte Tiefstand gehalten. Traurige Tatsache ist jedoch, dass 13 Jungen und Mädchen ums Leben gekommen sind, weil sie im Auto nicht oder nur unzureichend angegurtet waren. 2003 waren es noch sieben. Ähnlich dramatisch gestalten sich auch die Zahlen bei den Verletzten: So wurden 2.880 Kinder aufgrund mangelnder Sicher-

heitsvorkehrungen in Pkw verletzt, was 32 Prozent aller bei Unfällen verletzten Kindern entspricht. Bei den unter Sechsjährigen waren es sogar über 56 Prozent.

Um dieser besorgniserregenden Entwicklung zu begegnen und die Zahl lebensgefährlicher Verletzungen weiter zu verringern, wird die Polizei ihre landesweite Kampagne „NRW mit Gurt“ auch in diesem Jahr verstärkt fortsetzen, so der Sprecher aus dem Innenministerium.

Dabei werden die Beamten nicht nur das Einhalten der Anschnallpflicht kontrollieren, sondern auch Aufklärungsarbeit bei „Gurtmuffeln“ betreiben. Bei einer vierzehntägigen Sonderkontrolle erwischte die Polizei Ende 2004 über 34.000 Autofahrerinnen und -fahrer ohne Gurt. Rund 2.000 Mal waren Kinder nicht angeschnallt oder saßen in unpassenden Kindersitzen.

Trotz dieser Missstände folgt die Entwicklung der Unfallzahlen innerhalb der letzten zehn Jahre insgesamt einem positiven Trend. Im Bundesdurchschnitt schneidet NRW unter den Flächenländern am besten ab. Mit 862 Toten und 85.140 Verletzten gab es in NRW den niedrigsten Stand seit Beginn der statistischen Erfassung vor 52 Jahren. Auch im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von 8,5 Prozent bei den tödlich Verunglückten und von drei Prozent bei den Verletzten. ax



Für sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement im kirchlichen und politischen Bereich ist der CDU-Abgeordnete Werner Jostmeier aus Dülmen (2.v.r.) mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Bei der Verleihung betonte Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2.v.l.), Jostmeier strebe in seiner kommunal- und landespolitischen Arbeit nach sozialer Gerechtigkeit. Sein Einsatz für das deutsch-jüdische Zusammenleben und den Ausbau der deutsch-baltischen Beziehungen wurde ebenso hervorgehoben wie das Eintreten des CDU-Sprechers im Hauptausschuss für die Verankerung des Instruments „Volksinitiative“ in der Landesverfassung. Mit dem Bild die Vizepräsidenten Dr. Helmut Linssen (l.), Edith Müller (M.) und Jan Söffing (r.).

Foto: Schälte

Schulverweigerung hat Vorgeschichte

Hilfe soll Jugendliche und Eltern einbeziehen

Zu spät kommen, Hausaufgaben vergessen und Krankheiten vorgeben, um die Vormittage im Einkaufszentrum statt hinter der Schulbank zu verbringen. All dies wird unter dem Begriff „Schulmüdigkeit“ zusammengefasst. Sie bildete das von den Fraktionen vorgeschlagene Thema beim Fachgespräch des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) mit dem Leiter der Fachabteilung Jugend und Jugendhilfe des Deutschen Jugendinstituts e.V. in München, Dr. Christian Lüders.

Ich freue mich, dass Schulmüdigkeit zum Thema geworden ist“, so Lüders. Viel zu lange sei das Problem tot geschwiegen worden. Durch die Enttabuisierung gebe es nun endlich Zahlen und Fakten, die Rückschlüsse auf die Ursachen erlaubten. Schulverweigerer seien zum größten Teil Hauptschüler, weniger Realschüler und noch weniger Gymnasiasten, führte der Experte aus. Die Ursache dafür liege in der Schulform selber begründet. „Hauptschüler erleben sich oft als chancenlos und ausgegrenzt. Sie fühlen sich von ihren Lehrern nicht wahrgenommen und wertgeschätzt. Die Interaktion zwischen Lehrern und Schülern funktioniert schlecht. Es fehlen Vertrauenspersonen und die Anbindung an außerschulische Unterstützung. Das Ergebnis sind schlechte Noten, Schulangst und Abkehr von der Schule. Meist beginnt dieser Prozess im Alter von zwölf bis 14 Jahren und wird mit zunehmendem Alter stärker.“ Hinzu kämen noch die Problemlagen des Elternhauses und des sozialen Umfelds.

PROBLEME

„50 Prozent der Hauptschüler geben an, von ihren Eltern niemals bei den Schulaufgaben unterstützt worden zu sein. Ein Viertel der Schulverweigerer hat Probleme mit Gleichaltri-

gen, ein Fünftel mit der Polizei, und ein großer Teil der Mädchen hat psychosomatische Störungen wie Schlafprobleme, Kopfschmerzen oder Essstörungen.“

Am Beginn stehe oft die passive Schulverweigerung. Der Schüler oder die Schülerin ist zwar körperlich anwesend, aber in Gedanken woanders. Dies wüchse sich schließlich zur aktiven Verweigerung aus. „Schulmüdigkeit ist eine Karriere“, so Lüders.

Was kann getan werden, um die „Karriere“ möglichst früh auszubremsen? „NRW hat verstanden, dass es nicht damit getan ist, die Jugendlichen nur in die Schule zurück zu schleifen“, lobte Lüders. Stattdessen seien Projekte geschaffen worden, um junge Menschen wieder an die Schule heran zu führen. Allerdings sei die Zukunft der Hilfsstrukturen bedroht von den Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung. Im Sozialgesetzbuch II sei die Nachrangigkeit der Jugendhilfe gegenüber der Eingliederung in Arbeit festgeschrieben. Dies könne fälschlicherweise zum Anlass genommen werden, die Hilfe komplett zu streichen. Stattdessen bedürfe es aber der Zusammenarbeit von Jugendarbeit, Schule und Politik, denn: „Die Schule schafft es nicht allein!“

Auch in der Offenen Ganztagschule (OGS) seien Unterricht und Erziehung zwei getrennte Welten, anstatt gemeinsam die Verantwortung

zu tragen. Die OGS sei im Kern richtig und biete einen Rahmen für Förderung und Erziehung. Es gelte nun, den Rahmen adäquat auszufüllen.

Antonius Rüsberg (CDU) suchte Antwort auf die Frage, ob die Eltern der schulmüden Jugendlichen eher desinteressiert oder eher unfähig seien, ihre Kinder zu unterstützen. „Eltern sind weder unfähig noch unwillig“, korrigierte Lüders. „Die Erziehung wird nur immer schwerer. Jedes Jahr kommen neue Aufgaben hinzu, neue Medien, neue Themen.“ Es mache sich niemand Gedanken, wie man Eltern helfen könnte, dieser strukturellen Überforderung zu begegnen.

WERTEKONSENS

„Wie soll diese Unterstützung konkret aussehen?“ hakte Dr. Frank Freimuth (SPD) nach.

Es bedürfe vor allen Dingen eines Wertekonsenses zwischen Elternhaus, Schule und Jugendhilfe, damit die Erziehungsinhalte von der nächsten Instanz nicht sofort wieder in Frage gestellt würden, lautete die Antwort. „NRW ist mit der Öffnung der Schule in Richtung Jugendhilfe auf dem richtigen Weg.“

Häufig seien Erziehungsprobleme in der Persönlichkeit der Eltern begründet, wandte Ute Koczy (GRÜNE) ein. Was könne man da tun? „Wir können die Persönlichkeiten der Eltern nicht ändern“, sagte Dr. Christian Lüders. „Aber wir können Hilfestellung geben. Die Jugendarbeit ist zu sehr auf das auffällige Kind fixiert, wohingegen im Bereich Elternarbeit Defizite bestehen. Die Hilfe muss das gesamte soziale Gefüge erfassen, dazu gehören sowohl die Eltern wie auch die Bezugsgruppen.“ YV

Hoffnungszeichen für ein ganzes Dorf

Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen in Sri Lanka

Diskussion in Ausschüssen, Wahlkreisarbeit, Fraktionssitzungen – das ist der Arbeitsalltag des SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Frank Freimuth. In seiner Freizeit reist der 43-jährige Wuppertaler nach Sri Lanka – um zu helfen. Geld zu spenden ist ihm zu wenig. Als Leiter einer fünfköpfigen Delegation der Auslandsgesellschaft NRW hat sich der Sozialdemokrat ein Bild von den Ausmaßen der Tsunami-Katastrophe gemacht. Das Ergebnis: ein Projekt im Süden des Inselstaates (Region Galle), mit dem Menschen beim Wiederaufbau unterstützt werden.

Mit 10.000 Steinen kann in Sri Lanka ein Haus gebaut werden, die Kosten dafür betragen etwa 1.000 Euro. Die Auslandsgesellschaft NRW verkauft symbolisch Steine und will so die Häuser „Stein für Stein“ aufbauen. Seit mehr als 50 Jahren fördert der Verein mit Sitz in Dortmund die Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Dr. Frank Freimuth unterstützt seit Jahren ehrenamtlich Menschen in Sri Lanka und hat nun mitgeholfen, eine Patenschaft für Tsunami-Opfer ins Leben zu rufen. „Unser Ziel ist es, den Menschen, die durch die Flutwelle alles verloren haben, wieder ein Dach über den Kopf zu geben“, erklärt Freimuth.



Die Situation sei dramatischer als man sich vorstellen könne. „Es gibt viele Obdachlose, viele Menschen, die in Zelten leben und denen das Nötigste fehlt“, berichtet er. Durch Spenden wurde deshalb eine Maschine zur Herstellung von Steinen finanziert – ein Zeichen der Hoffnung für ein ganzes Dorf. In einem Partnerschaftsvertrag ist vorerst der Bau von zehn Häusern vereinbart. Kleine Schritte mit großer Wirkung: Hilfe zur Selbsthilfe sei die wichtigste und effektivste Art der Unterstützung, ist sich Freimuth sicher. Deshalb setze er sich für ein Projekt „auf Augenhöhe mit den Menschen“ ein.

Die Delegation hat das Projekt mit den Betroffenen zusammen entwickelt. Durch die Bereitstellung der Maschine werden außerdem Arbeitsplätze geschaffen – ein wichtiger Nebeneffekt der Patenschaft. Jetzt heißt es, weitere Spenden zu sammeln, damit möglichst vielen Menschen geholfen werden kann. Der Abgeordnete bittet Freunde um Unterstützung, die Auslandsgesellschaft hat Konzerte in Dortmund veranstaltet. Der Erlös fließt komplett nach Sri Lanka. Bisher sind 4.000 Euro zusammen gekommen. va

Es sind die elementaren Dinge, die im asiatischen Katastrophengebiet den Menschen die größte Hilfe bringen wie diese Steinmaschine, die auf dem Bild vom Abgeordneten Freimuth bedient wird.

Wolken über dem Sozialstaat

Sozialpolitiker Hermann-Josef Arentz bezieht Position

Ein strahlend blauer Himmel mit Wolken auf dem Umschlag – das Buch von Hermann-Josef Arentz könnte auch ein Roman sein. Wenn da nicht der wenig roman(t)ische Titel wäre: „Sozialstaat im Härtestest“. Schon nach den ersten fünf Sätzen ist klar: Es ist kein gemütliches Lesebuch, das zum Träumen verführt. Die 222 Seiten verlangen Konzentration, denn der CDU-Politiker liefert seine Bilanz mit dem Sozialstaat und endet mit dem Kapitel „Mein Appell an die CDU“.



Beim ersten Lesen kommt der Gedanke auf, dass es eher ein Kochbuch ist – mit vielen Rezepten für einen kräftigen Schuss „Soziales“ im Hauptgericht Politik. Arentz analysiert aber nicht nur. Er macht auch konkrete Vorschläge, die sich an seinem christlichen Grundverständnis orientieren. Und er will sicher auch provozieren, wenn er das Gebot der Nächstenliebe zuspitzt zum Appell der Fremden- und gar Feindesliebe.

Verschärfter Wettbewerb, Globalisierung, Wissensgesellschaft und demographische Revolu-

tion: Sie machen eine radikale Reform der Sozial- und Gesellschaftspolitik notwendig – so fasst Arentz selbst sein Buch zusammen. Und er benutzt gerne das Wort „Reform“, wohl wissend, dass dies in den Köpfen der Menschen eher ein Schimpfwort ist. Wenn 75 Prozent aller Deutschen Negatives mit „Reform“ verbinden, liege dies an „neoliberalen Konzepten“, die tatsächlich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern. Der Autor setzt dem die christlich-soziale Perspektive

entgegen: Der Mensch hat eine „unveräußerliche Würde“, ist damit eingebunden und eingebettet in die Gesellschaft. Oder: Erst die Menschen, dann der Markt. Und: Der Mensch ist wichtiger als die Sache.

Was für ein Buch ist denn nun „Sozialstaat im Härtestest“? Es ist wohl am treffendsten eine Gebrauchsanleitung: eine recht sperrige für manche Unternehmer, eine unverständliche für Menschen mit „sozialer Kältschnäuzigkeit“, eine manchmal ungeliebte – selbst für Politiker aus den eigenen Reihen. Es ist keine Gebrauchsanleitung, die man liest und beiseite legt, weil alles verstanden worden ist. Und bei genauer Betrachtung des Umschlagbildes: Wolken am blauen Himmel müssen nicht Rosamunde-Pilcher-Romanze symbolisieren. Eher mögen sie stehen für ein heranziehendes Gewitter über dem Sozialstaat.

neu-

Die Weiterbildung und der Arbeitsmarkt

Experten debattierten Studie zum lebensbegleitenden Lernen

Droht die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zum reinen beschäftigungspolitischen Instrument zu verkümmern? Welche Rolle spielen demnächst noch politische und allgemeine Bildung? Auf der gemeinsamen Weiterbildungskonferenz von Landtag und Landesregierung diskutierten im März Vertreter der Bildungseinrichtungen aus ganz NRW im Plenarsaal des Parlamentes.

Im Jahr 2000 ist das Weiterbildungsgesetz novelliert worden. Gleichzeitig müssen die Träger von Weiterbildung derzeit mit deutlich weniger Fördermitteln auskommen. Die „Wirksamkeit des Weiterbildungsgesetzes NRW“ stand deshalb auch im Mittelpunkt eines Gutachtens, das Landesarbeitsminister Harald Schartau (SPD) bei der Dortmunder Sozialforschungsstelle (sfs) des Landesinstitutes in Auftrag gegeben hatte. Eine in ihren Ergebnissen durchaus umstrittene Grundlage für eine spannende Debatte der Bildungsexperten. Umstritten vor allem wegen ihres nach Ansicht vieler Fachleute zu starken Arbeitsmarktbezuges.

„Lebenswelt- und Arbeitsmarktbezug in einem korrespondierenden Modell“, hatte das Forschungsteam um Antonius Schröder seine Studie überschrieben. Ziel sei es gewesen, gerade vor dem Hintergrund der Mittelkürzungen in diesem Bereich Erkenntnisse für mögliche Förderstrategien zu gewinnen.

NETZWERKE

Die Landschaft ist in Bewegung, die im Gesetz verankerte Umsteuerung inhaltlich aufgenommen, es gibt einen Konzentrationsprozess durch Kooperationen und Zusammenschlüsse, präsentierten die Forscher ihre Ergebnisse. So seien im Land allein 153 Netzwerke entstanden. Allerdings sei das „lebensbegleitende Lernen immer noch zu wenig operationalisiert“.

Was tun? Mit ihrem Modell Horizont 2010 versuchten Schröder und sein Team, Kompromisse aufzuzeigen zwischen dem Status Quo und insbesondere den Anforderungen der Arbeitsmarktpolitik. So könne beispielsweise durch eine „lokal-regional integrierte Weiter-



bildung“ der Konflikt zwischen der Autonomie der Allgemeinbildung und dem Unterordnungsgedanken unter Arbeitsmarktpolitik aufgelöst werden. „Lernwegeorientierte, integrative Korrespondenzstrukturen“, lautete hier das Zauberwort.

Finanzieren wollen die Dortmunder Forscher das auf den drei Ebenen Land, Region und Kommune. Die so genannte institutionelle Förderung, also die direkte Förderung bestimmter Träger durch Pauschalen, soll nur noch der Sicherung des Grundangebotes dienen. Ansonsten setzt das Modell auf zweckgebundene Projektförderung und die Förderung

von Innovationen – jeweils auf Basis von Vereinbarungen oder aber Einzelanträgen.

Großes Lob für die NRW-Weiterbildungsträger aber auch für die Ideen der Dortmunder Studie gab es vom Auftraggeber, Arbeitsminister Harald Schartau (SPD). „Wir müssen weg von der Förderung von Stundenkontingenten und hin zur Projektförderung“, forderte er. Es gehe dabei nicht um weitere Kürzungen, sondern darum, sich neu zu sortieren. Gleichzeitig bekannte sich der Minister eindeutig zur kommunalen Pflichtversorgung, forderte eine Debatte zur Einführung eines Berichtswesens in der Weiterbildung.

Lange nicht so euphorisch waren die anwesenden Praktiker. Reiner Hammelrath fasste die Kritik namens des „Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung in NRW“ zusammen: Zum einen beruhten die Ergebnisse auf Daten aus 2002. Damit sei die Kürzung der Fördermittel um 15 Prozent nicht berücksichtigt. Außerdem ende die Übergangszeit für viele Regelungen des neuen Gesetzes erst 2005. Damit sei eine seriöse Betrachtung frühestens 2007 möglich. Dies sei in seinen Augen ein formales Manko der Erhebung.

EINBINDUNG

Inhaltlich kritisierten Hammelrath und zahlreiche weitere Sprecher vor allem eine fehlende Einbindung der politischen und kulturellen Weiterbildung sowie der Schulabschlüsse. Es gebe mehr als nur Lebens- und Arbeitswelt. Die Umsetzung vieler Vorschläge sei nur mit zusätzlichen Mitteln machbar, fürchteten vor allem Vertreter der Volkshochschulen um die institutionelle Förderung.

Durchaus differenziert schalteten sich auch die Fachpolitiker der Fraktionen in die Debatte ein, nahmen ansonsten aber eine Menge Argumente und Anregungen mit für kommende Entscheidungen. Den notwendigen Diskurs will der Arbeitsminister in den nächsten Wochen in einem Fachgremium organisieren, das „jenseits der Tagespolitik Strategien entwickelt“.

volk

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 9. Mai 2005 vorgesehen. Vorab ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Mit einem gemeinsamen Antrag gehen alle vier Fraktionen in eine der letzten Plenarsitzungen des Landtags. SPD, CDU, FDP und GRÜNE haben sich im **Hauptausschuss** (Vorsitzender Edgar Moron, SPD) auf einen Text zu „40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen – Im Bewusstsein der Vergangenheit die Zukunft gestalten – Stärkung der besonderen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel“ geeinigt. Darin wird die Landesregierung unter anderem aufgefordert, den Friedensdialog zwischen Israelis und Palästinensern zu unterstützen, die Jugendbegegnungen wieder zu beleben und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren.

+++

Was wird, wenn der Aids-Virus nicht mehr auf die bekannten Behandlungsmethoden reagiert? Der aktuelle Fall eines so genannten multiresistenten Erregers in den USA beschäftigt jetzt auch den **Gesundheitsausschuss** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD). Derzeit seien Resistenzen gegen drei von vier Wirkstoffen bekannt, so die Experten des Gesundheitsministeriums. Eine Untersuchung auf Resistenz sei während der Aids-Therapie Standard, nicht aber generell bei jeder HIV-Infizierung. Das Robert-Koch-Institut stieß bei der Untersuchung von 500 Patienten auf insgesamt drei Fälle von multiresistenten Viren. Derzeit werden in NRW 1.000 Aidskranke behandelt, die Zahl der bekannten HIV-Infizierten liege bei 9.500. Wichtig, so die Abgeordneten unisono, sei angesichts zunehmender Sorglosigkeit in den Risikogruppen die Prävention. Hier, so die Einschätzung des Ministeriums, sei man zumindest finanziell mit 650.000 Euro für gemeinsame Aufklärungsmaßnahmen mit der Aidshilfe NRW ausreichend ausgestattet.

Eine neue Ausbildungsinitiative für jugendliche Migrantinnen und Migranten stellte jetzt die Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer (TD-IHK) im **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) vor. Ziel ist es, türkische Unternehmen zu motivieren, Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen und deutsch-türkische Wirtschaftsbeziehungen weiter zu stärken.

+++

Wer künftig ein neues Auto bei einem der landesweit 54 Straßenverkehrsämter anmelden



Illustration h₂m

will, sollte keine Schulden beim Finanzamt haben und damit einverstanden sein, seine Kfz-Steuer im Lastschriftverfahren zu bezahlen. So sieht es zumindest eine neue Rechtsverordnung vor, die das Finanzministerium vorbereitet. Wie Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) dem **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) mitteilte, sei es nach langwierigen Gesprächen gelungen, Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden herzustellen. Damit werde die „personalintensivste Besteuerung nun effektiver“, so der Minister. Mit diesem Verfahren trägt die Landesregierung wesentlichen Teilen eines Koalitions-Antrags Rechnung (Drs. 13/4738), den der Ausschuss dann auch einstimmig verabschiedete.

Unter dem Titel „Vision Zero‘ für ein sicheres NRW“ präsentierte Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) dem **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) das 5. Verkehrssicherheitsprogramm der Landesregierung. Darin wird das ehrgeizige Ziel formuliert, die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahre 2015 zu halbieren. Im Jahr 2004 waren in NRW insgesamt 862 Personen im Straßenverkehr tödlich verunglückt, der niedrigste Wert seit Beginn der statistischen Datenerhebung. Grundlage des aktuellen Sicherheitskonzepts soll eine Verknüpfung der fünf Handlungsfelder Mensch, Verkehrsmittelwahl, Infrastruktur, Technik und Rettungswesen sein. „Ich halte die Halbierung der Verkehrstotenzahlen für machbar“, so die zuversichtliche Einschätzung des Ministers.

+++

Für das Rahmenprogramm zur Präsentation nordrhein-westfälischer Austragungsorte der Fußball WM 2006 sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2,1 Millionen Euro im Sportetat des Landes vorgesehen. Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (GRÜNE) erklärte im **Sportausschuss** (Vorsitz: Gisela Hinnemann, CDU), er halte diese Mittel für Kongresse, Kampagnen und Tagungen für zwingend erforderlich. So könnten auch Regionen, die nicht direkt mit der WM in Verbindung stehen, mit Veranstaltungen ins Fußballfieber einbezogen werden.

+++

Der Suizid eines 37-jährigen Strafgefangenen in der JVA Köln beschäftigte jetzt den **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Der als depressiv und suizidgefährdet geltende Mann hatte sich im Januar mit einem Verlängerungskabel in seiner Zelle erhängt. Derzeit, so der Bericht des Justizministeriums, ermittle die Staatsanwaltschaft. Der wegen versuchten Mordes verurteilte Mann war erst wenige Tage zuvor aus der Psychiatrie zurück in die Justizvollzugsanstalt verlegt worden. Dort, so räumte der Justizminister ein, sei es anscheinend zu Versäumnissen in der Behandlung gekommen. So sei der Mann keinem Arzt vorgestellt worden. Unklar sei auch, warum er ein Verlängerungskabel in seiner Zelle gehabt habe. Laut Bericht prüfe die Aufsichtsbehörde nun landesweit alle Fälle, in denen psychisch kranke Menschen aus der Klinik in Justizvollzugsanstalten kommen.

„Aufrechter Mensch und Demokrat“

Vor 25 Jahren starb der Landespolitiker Heinrich Köppler

„Die 70er Jahre in Nordrhein-Westfalen: Dazu gehört auch Heinrich Köppler!“ Diese Aussage des langjährigen nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten Wilhelm Lenz unterstreicht, dass der Name Köppler mit einem wesentlichen Abschnitt der Geschichte dieses Bundeslandes untrennbar verknüpft ist.

Eine Würdigung Heinrich Köpplers, der am 26. November 1925 in Hattenheim im Rheingau geboren wurde, kann sich freilich nicht beschränken auf die Beschreibung seines landespolitischen Engagements als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, als Vorsitzender der rheinischen CDU sowie als Vorsitzender des gemeinsamen Präsidiums der beiden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Dargestellt werden muss auch seine bundespolitische Rolle. Schließlich ist sein Wirken als ein führender Repräsentant der katholischen Laienbewegung ins Blickfeld zu nehmen.

Das vielfältige Engagement von Köppler in Kirche und Politik ist nicht zu verstehen ohne die nachhaltige Prägung durch seinen Vater und die Erfahrungen, die er während des Zweiten Weltkriegs als junger Soldat sammelte.

Sein Vater ist ein ausgesprochener Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Die Einstellung seines Vaters zum Nationalsozialismus habe – wie sich Heinrich Köppler später erinnerte – wesentlich dazu beigetragen, „dass ich von Anfang an nicht nur eine Distanz, sondern eine außerordentlich kritische Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus einnahm.“ Diese Einstellung blieb nicht ohne Konsequenzen für seinen weiteren Lebensweg. Sie veranlasste ihn 1943 im Alter von noch nicht einmal 18 Jahren zum freiwilligen Eintritt in die Wehrmacht, weil er hoffte, auf diese Weise „die verhältnismäßig sicherste Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus zu bewahren.“

Er durchlebte die Hölle der Ostfront. Die unmittelbare Konfrontation mit dem Tod – dreimal wurde er im Einsatz verwundet – ließ aus dem Gelegenheitskatholiken den überzeugten Katholiken werden. Politische Mitverantwortung nahm er bewusst in der CDU wahr, der er 1946 beitrug. Das „C“ im Parteinamen war ihm wichtig. Es sage etwas über die Grundsätze, aus denen heraus die CDU ihr Selbstverständnis und ihren politi-

schen Auftrag sehe. Und dies seien eben die Grundsätze der christlichen Tradition und der christlichen Soziallehre.

Bevor Köppler in die Politik ging, war er als „beamteter Berufskatholik“ (so der Journalist Lothar Bewerunge) tätig. Ein selbstbewusstes



Heinrich Köppler

Auftreten als katholischer Laie gegenüber der Geistlichkeit zeichnete ihn als Bundesführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (1952-1956) und Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (1956-1965) aus.

1965 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Hier arbeitete er an dem großen Projekt einer Strafrechtsreform mit. Die liberalen

Positionen, die er dabei in den Fragen einer Reform des Ehescheidungsrechts sowie der Strafbarkeit der Homosexualität vertrat, widerlegen das Bild von dem Katholiken Köppler, der angeblich so schwarz war, dass er selbst im Kohlenkeller Schatten warf. In Bonn machte er Karriere: 1968 Berufung zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, nach der Bundestagswahl von 1969 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

1970 ließ sich Köppler in die Pflicht nehmen und wechselte in die nordrhein-westfälische Landespolitik. Mit seiner Person verband sich die Hoffnung, die seit dem Verlust der Regierungsmacht in Düsseldorf im Dezember 1966 währenden personalpolitischen Querelen in der CDU an Rhein und Ruhr beilegen zu können – Hoffnungen, die er nicht enttäuschen sollte. Seine besonderen menschlichen Fähigkeiten und Gaben, also seine Aufrichtigkeit, seine Verbindlichkeit, seine Liebenswürdigkeit, seine Fähigkeit, auf Menschen zugehen zu können, prädestinierten ihn, die Rolle einer Integrationsfigur auszufüllen.

Unter der Führung von Köppler wurde die CDU bei den Landtagswahlen von 1970 und 1975 wieder stärkste politische Kraft im Land. Sie blieb aber in der Opposition, da die FDP in Düsseldorf wie in Bonn fest an der Seite der SPD stand und somit der Koalitionspartner fehlte. Köppler ist „am sozial-liberalen Zeitalter gescheitert“ (Joachim Sobotta von der Rheinischen Post).

Der Wechsel von Bonn nach Düsseldorf bedeutete keine Beschränkung auf die Landespolitik. Im Gegenteil, Köppler wusste die Möglichkeiten zu nutzen, die sich ihm als Vorsitzender des mitgliederstärksten CDU-Landesverbandes boten. Sein Wort hatte Gewicht, als Rainer Barzel 1971 zum neuen Bundesvorsitzenden der CDU gewählt wurde. Auch auf die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für die Bundestagswahl 1980 übte er großen Einfluss aus. Um die Einheit von CDU und CSU zu bewahren, votierte er für Franz Josef Strauß.

Im Frühjahr 1980 nahm Heinrich Köppler seinen dritten Anlauf auf die Staatskanzlei in Düsseldorf, als er am 20. April 1980 überraschend an einem Herzinfarkt starb. In Erinnerung bleibt ein aufrechter Mensch und Demokrat, dessen Name „für Grundsatztreue und Toleranz, für Bürgernähe und Menschlichkeit, für Fairness und Zuverlässigkeit“ (Helmut Kohl) steht.

Dr. Stefan Marx

SPD

Der CDU ist die Partei wichtiger als die Wissenschaft

CDU/CSU blockieren 100 Millionen Euro für die NRW-Hochschulen. Sie stellen ihre politischen Interessen über die Interessen des Landes und handeln nach dem Motto: Erst die Partei, dann die Menschen.“ Mit diesen Worten kritisierte SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron die erneute Blockadehaltung der Union gegen das Bund-Länder-Programm zur Förderung der Spitzenforschung in Höhe von 1,9 Milliarden Euro.

Auf der letzten Ministerpräsidentenkonferenz habe Hessens CDU-Regierungschef Koch das Nein der gesamten Unionsriege geschmiedet. Vor einer Woche noch sei Koch von den anderen 15 Ländern ausgebremst worden. Heute hätten sich seine Parteifreunde der Blockadehaltung angeschlossen. Die Union schade der Wissenschaft, sie raube dem Land und vielen jungen Menschen ein Stück Zukunft, kommentierte Moron. Die NRW-Hochschulen könnten sich nun bei der CDU dafür bedanken, dass sie allein in diesem Jahr 100 Millionen Euro zur Förderung der Spitzenforschung abschreiben können.

Der NRW-CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers verspreche den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf mehr Investitionen in die Bildung. Aber die Wahrheit sei, so Edgar Moron, dass er und seine politischen Freunde die deutschen Hochschulen aus rein parteiegoistischen Gründen bewusst schädigen. „Rüttgers und die CDU sind eine Gefahr für unser Land, weil sie nicht sachlich sondern parteiisch entscheiden, das ist unanständig“, stellte Moron fest.

FDP

Dr. Ingo Wolf auf Flughafen-Tour durch NRW

Aus der Vogelperspektive konnte sich Dr. Ingo Wolf ein Bild von der dezentralen Luftverkehrsinfrastruktur Nordrhein-Westfalens machen. Der FDP-Fraktionschef hatte mit einem Kleinflugzeug die Regionalflughäfen Paderborn/Lippstadt, Dortmund und Weeze sowie die Verkehrslandeplätze Porta Westfalica, Stadtlohn-Vreden und Marl-Loemühle angefliegen, um sich vor Ort über die jeweilige Problemlage zu informieren. Unerwartete Aktualität bekam die Flughafentour durch den mit rot-grüner Mehrheit gefassten Beschluss des Verkehrsausschusses, die von der Landesregierung beantragte Freigabe von Haushaltsmitteln für den notwendigen Ausbau der Verkehrslandeplätze zu blockieren. Dadurch werde der Jobmotor Luftverkehr erneut gedrosselt, kritisierte Wolf. Ohne bauliche Anpassungen würden die Landeplätze ihre bisherige Funktion für den Geschäftsreiserverkehr verlieren, warnte der FDP-Fraktionschef und forderte die vollständige Freigabe der von Rot-Grün blockierten Haushaltsmittel.



CDU

„Köpfe zählen“

Unter diesem Motto stellt Abida Ruppert bis zum Mai Bilder und jede Menge Skulpturen und großformatige Fahnen aus. In seiner Begrüßungsrede vor rund siebzig Gästen freute sich Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linssen (CDU) besonders darüber, dass er auch den ehemaligen „Lehrer“ von Abida Ruppert, Zoran Velinov, begrüßen konnte. Linssen eröffnete bereits im November 2003 auch eine Ausstellung von Velinov in der CDU-Fraktion. Die Einführungsrede hielt die Präsidentin des Europäischen Zentralverbandes Bildender Künstler und Literaten, Gabriele C. Berndt. Sie hob hervor, dass Abida Ruppert es geschafft hat, mit dem eindeutigen Bekenntnis zu einer einzigen sichtbaren Farbe, Struktur und Form zu diesem lebendigen Geist zu verschmelzen. „Mit der Farbe als Material formt sie mit großer Sorgfalt ihre Bilder und Objekte wie ein Bildhauer seine plastischen Arbeiten, unter deren Oberfläche sich komplexe Überlegungen verbergen“, erklärte Berndt.



Nachdem die Ausstellung vom Bürgermeister der Stadt Haan, Knut vom Bovert, eröffnet wurde, unterhielt ein Streichquartett der Clara-Schumann-Musikschule aus Düsseldorf die zahlreichen Gäste.

GRÜNE

NRW – Gerecht von Anfang an

Auf der Grundlage ihres Beschlusses „Gerecht von Anfang an“ hat die Grüne Landtagsfraktion am 14. April eine Fachveranstaltung durchgeführt. Die Grünen diskutierten hier mit den Teilnehmenden wie Rahmenbedingungen für eine Gesellschaft aussehen können, in der allen Menschen von Anfang an der Zugang zu den zentralen gesellschaftlichen Ressourcen – Bildung, Arbeit und demokratische Mitbestimmung – ermöglicht wird.

Dazu sollen Hilfestrukturen weiter entwickelt werden: Sie müssen



mehr als heute den individuellen Unterstützungsbedarf, die Bedürfnisse, die Interessen und die vorhandenen Fähigkeiten ernst nehmen. Das Ziel ist eine sozial gerechte Gesellschaft mit informierten und starken Persönlichkeiten, die ihr eigenes Leben in sozialer Verantwortung selbstständig gestalten können. Wir brauchen Anreize dafür, dass die örtlichen Institutionen und HilfeleisterInnen ihr Angebot passgenau koordinieren, und so Hilfe, Unterstützung und Förderung anbieten, die – wo dies notwendig ist – die gesamte Lebensspanne umfasst.



Porträt der Woche: Horst Westkämper (CDU)

Ein Jahr nachdem die NRW-CDU in Nordrhein-Westfalen in die Opposition geriet, ist Horst Westkämper der Union beigetreten. Er hat der Partei die Treue gehalten, aktiv in den verschiedensten Positionen als Christdemokrat mitgearbeitet, ist zwei Mal als Nachrücker in das Landesparlament eingezogen und überzeugt, dass der Union im Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen der Sprung an die Macht gelingen wird und er selber von Anfang an als Parlamentarier dabei sein wird. Das notwendige Rüstzeug dazu hat er bereits. Die CDU in seiner Heimatstadt Solingen hat ihn schon im März vergangenen Jahres als Kandidaten nominiert. Westkämper: „Nach den stabilen Umfrageergebnissen bin ich überzeugt, dass die CDU es diesmal schaffen wird, sofern nicht eine Katastrophe dazwischen kommt.“

In den verbleibenden Monaten bis zur Wahl tut der CDU-Abgeordnete alles in seinen Kräften stehende, um die Bürger von der Notwendigkeit eines Machtwechsels in Düsseldorf zu überzeugen. In seiner Ausschussarbeit engagiert sich Westkämper besonders in der Verkehrspolitik. Als ordentlichem Mitglied im Verkehrsausschuss geht es ihm besonders um die Verbesserung der Pünktlichkeit der Deutschen Bahn, aber auch um eine Stärkung der Rechte der Bahnkunden.

In der verkehrspolitischen Debatte des Landtags am 9. April 2004 erklärte er unter Zustimmung von Parlamentskollegen: „Fahrgästen, im Fernverkehr bei Verspätungen einen Teil des Fahrpreises zu erstatten, und dies in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu

verankern – was seit dem 1. Oktober 2003 als ‚Pünktlichkeitsgarantie‘ verkauft wird – ist nicht mehr als ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Was wir aber dringend brauchen, ist ein gesetzlich untermauerter Anspruch statt Kulanz – und das nicht nur im Fernverkehr, sondern auch für den Regionalverkehr.“

ANBINDUNG

Während Westkämper bei der Bahn ein gewisses Einlenken zu spüren meint, musste der Christdemokrat sich bei seinem zweiten zentralen Thema, nämlich der Anbindung der A 3 an Solingen, geschlagen geben. Sein langjähriger Kampf für dieses Vorhaben, dass seiner Meinung nach für die Infrastruktur Solingens notwendig ist, stieß bei den Grünen vor Ort auf Widerstand. Da die grüne Fraktionschefin Sylvia Löhrmann in Solingen Gegenspielerin des CDU-Abgeordneten ist, konnte alle politische Erörterung nichts bewirken. Sowohl auf Landesebene wie auch im Bund schmetterte Rot-Grün alle Pläne zum Bau der Autobahnanbindung ab.

Engagement zeigt Westkämper, der zusammen mit Ehefrau Eveline sieben Kinder groß zieht, auch im Ausschuss für Frauenpolitik. Hier beschäftigt ihn die Bekämpfung der niedrigen Frauenerwerbsquote in NRW sowie die Umsetzung des Konzepts des Gender-Mainstreaming. Gleichzeitig arbeitet er als stellvertretendes Mitglied im Rechts- und Wirt-

schaftsausschuss mit. Obwohl sich der Christdemokrat vornehmlich als Vertreter der Stadt Solingen versteht, wo er seit 39 Jahren lebt, ist er doch gebürtiger Sauerländer. Horst Westkämper wurde am 29. Februar 1936 in Letmathe geboren. Nach einer Ausbildung als Industriekaufmann 1956 absolvierte er ein Fortbildungsstudium als Krankenkassenbetriebswirt. Während dieser Zeit arbeitete er bei verschiedenen Krankenkassen. Von 1995 bis 2002 war er dann bei der IKK Solingen. Seit März 2002 ist er selbständiger Unternehmensberater.

Westkämper übernahm zahlreiche politische Ämter. Mitglied des Rates der Stadt Solingen ist er seit 1969. Von 1988 bis 1994 war er Fraktionsvorsitzender. Seit 1999 ist er Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland. Landtagsabgeordneter war er schon einmal kurz vom 1. Oktober 1999 bis zum Juni 2000.

Angesichts der vielen Verpflichtungen hat Horst Westkämper für Hobbys wenig Zeit. Für Bewegung sorgen zwei Hunde: „Meistens schaffe ich es, mit beiden täglich eine Stunde zu gehen. Das ist für mich wohl noch besser als für die Hunde.“

Autorin:
Gerlind Schaidt



Nun amtlich: „Landeshauptstadt“



Zu einem parlamentarischen Abend hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt zusammen mit Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin eingeladen: Am 20. April lautet das Motto des Abends „Verbundenheit“.

Gemeint ist das – nicht immer ganz unproblematische – Verhältnis zwischen der Stadt und dem Parlaments- und Regierungssitz Düsseldorf. Die Großstadt am Rhein beherbergt seit 1946 Landtag und Landesregierung. Das ist eine lange Zeit, die ihre Höhen und Tiefen hatte.

Eine dieser Tiefen war die Debatte um Ausbau und Erweiterung des alten Ständehauses zu einem zeitgemäßen Parlamentsgebäude. Die Wünsche des Landtags und die Vorstellungen der Stadtspitze strebten da auseinander: Wie wäre es, fragten sich da einige Abgeordnete, wenn der Landtag angesichts der Widerstände nach Essen oder gar Neuss umziehen würde?

Dennoch war man in Düsseldorf von dem Vorzug, die politische Metropole des Landes zu sein, von Anbeginn so angetan, dass schon seit Anfang der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Schreiben, Dokumenten, Reden, ja sogar in einem Gerichtsurteil von der „Landeshauptstadt“ die Rede war.

Das war voreilig, entsprach nicht der Rechtslage und wurde vor kurzem erst „geheilt“.

Da nämlich kam der Innenminister des Landes der offiziellen Bitte der Stadt nach, die bisherige Angabe „Stadt Düsseldorf“ auf der amtlichen Stempelplakette in „Landeshauptstadt Düsseldorf“ ändern zu dürfen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 21. April bis 25. Mai 2005

21.4. Anne-Hanne Siepenkothen (CDU)	56
23.4. Charlotte Kann (SPD)	68
23.4. Monika Düker (GRÜNE)	42
24.4. Dr. Jens Jordan (FDP)	62
2.5. Dr. Jana Pavlik (FDP)	58
5.5. Hardy Fuß (SPD)	50
6.5. Antonius Rüsenberg (CDU)	62
7.5. Dr. Hans Kraft (SPD)	58
7.5. Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	57
9.5. Michael Solf (CDU)	59
9.5. Marie-Theres Kastner (CDU)	55
11.5. Ursula Bolte (SPD)	61
11.5. Friedhelm Lenz (SPD)	60
12.5. Friedhelm Ortgies (CDU)	55
15.5. Regina van Dinther (CDU)	47
16.5. Dr. Gerhard Papke (FDP)	44
20.5. Franz-Josef Britz (CDU)	57
21.5. Helga Schwarz-Schumann (SPD)	50
21.5. Dr. Karsten Rudolph (SPD)	43
23.5. Wolfgang Große Brömer (SPD)	53
23.5. Inge Howe (SPD)	53
23.5. Elke Rühl (CDU)	57
24.5. Theo Kruse (CDU)	57
25.5. Hildegard Nießen (SPD)	59
25.5. Brigitte Capune-Kitka (FDP)	52
25.5. Johannes Rimmel (GRÜNE)	43

Dr. Leo Flamm, landespolitischer Korrespondent beim WDR-Hörfunk, ist zum neuen Vorsitzenden der Landespressekonferenz (LPK) gewählt worden. Seine langjährige Vorgängerin, Christa Cloppenburg (ebenfalls WDR), hatte sich nicht mehr zur Wahl aufstellen lassen. Zu den weiteren Vorstandmitgliedern der LPK wurden gewählt: Heinz Tutt (Kölner Stadtanzeiger), Bettina Grönwald (Deutsche Presse-Agentur), Theo Schumacher (Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung) und Frank Uferkamp (Westdeutsche Zeitung).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 21. April 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

15 Parteien zur Wahl

Zur NRW-Landtagswahl am 22. Mai treten 15 Parteien an. Der Landeswahlausschuss hat die von ihnen vorgelegten Reservelisten zugelassen. Drei Parteien verweigerte er wegen fehlender Unterstützungsunterschriften die Zulassung. 

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



... so lassen sich die Stellungnahmen von Europaexperten angesichts einer Auftaktveranstaltung zur Öffentlichkeitsinitiative über den neuen Europäischen Verfassungsvertrag im Landtag zusammenfassen. Die im Oktober vergangenen Jahres unterzeichnete Verfassung der Europäischen Union wird gegenwärtig im Rahmen von Referenden und parlamentarischen Ratifizierungen in den Mitgliedstaaten der Union angenommen. Auch wenn in Deutschland kein Referendum vorgesehen ist, waren sich die Experten einig, dass die Inhalte der Europäischen Verfassung den Bürgern näher erläutert werden sollen. Die Europäische Verfassung wird den Bürgern mehr Transparenz bringen, die Handlungsfähigkeit der Union stärken und zu mehr Demokratie in Europa führen. Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung von Landtag, Staatskanzlei und Europaparlament wollen sich der Aufgabe als Multiplikatoren für landesweite Informationsarbeit stellen.
Montage: Schälte